

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

1. Sitzung

Hannover, den 8. November 2022

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten

und

Tagesordnungspunkt 2:

Nationalhymne

und

Tagesordnungspunkt 3:

Begrüßung und Ansprache des Alterspräsidenten

..... 1

Alterspräsident MUDr. PhDr. / Univ. Prag

Jozef Rakicky 1

Tagesordnungspunkt 4:

Feststellung der Beschlussfähigkeit durch Namensaufruf (§ 68 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages (GO LT))...3

Tagesordnungspunkt 5:

Feststellung des Zusammentritts des Landtages der 19. Wahlperiode.....5

Tagesordnungspunkt 6:

Wahl der Landtagspräsidentin oder des Landtagspräsidenten (Artikel 18 der Niedersächsischen Verfassung (NV), § 5 GO LT)5

Hanna Naber (SPD)5

Tagesordnungspunkt 7:

Amtsübernahme durch die gewählte Landtagspräsidentin und Rede 6

Präsidentin Hanna Naber 6

Tagesordnungspunkt 8:

Beschluss über die Fortgeltung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages - Unterrichtung - Drs. 19/1 - Änderungsantrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/4 8

Klaus Wichmann (AfD)..... 8, 11

Carina Hermann (CDU) 9, 12

Stefan Marzischewski-Drewes (AfD)..... 10

Wiard Siebels (SPD)..... 11

Beschluss 10

Ausschussüberweisung..... 12

Beschluss 10

Ausschussüberweisung..... 12

Tagesordnungspunkt 9:

Mitteilungen über die Bildung der Fraktionen (§ 2 GO LT) 13

Tagesordnungspunkt 10:

Wahl der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten (Artikel 29 Abs. 1 NV) 13

Stephan Weil (SPD)..... 16

Tagesordnungspunkt 11:

Mitteilung des Ministerpräsidenten über die Berufung der Mitglieder der Landesregierung (Artikel 29 Abs. 2 NV)..... 16

Stephan Weil, Ministerpräsident 16

Tagesordnungspunkt 12:

Bestätigung der Landesregierung (Artikel 29 Abs. 3 NV)	16
---	----

Tagesordnungspunkt 13:

Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung (Artikel 31 NV)	17
Stephan Weil , Ministerpräsident	17
Julia Willie Hamburg , Kultusministerin	17
Boris Pistorius , Minister für Inneres und Sport	18
Gerald Heere , Finanzminister	18
Daniela Behrens , Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung.....	18
Falko Mohrs , Minister für Wissenschaft und Kultur.....	18
Olaf Lies , Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung	18
Miriam Staudte , Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	18
Dr. Kathrin Wahlmann , Justizministerin.....	19
Christian Meyer , Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz.....	19
Wiebke Osigus , Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung.....	19

Tagesordnungspunkt 14:

Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten	19
Stephan Weil , Ministerpräsident	19

Vorläufiger Sitzungsvorstand:

Präsidentin	Hanna N a b e r (SPD)
Schriefführerin	Antonia H i l l b e r g (SPD)
Schriefführer	Pascal L e d d i n (GRÜNE)

Von der Landesregierung:

Ministerpräsident Stephan W e i l (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg M i e l k e , Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Boris P i s t o r i u s (SPD)	Staatssekretär Stephan M a n k e , Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Gerald H e e r e (GRÜNE)	
Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung Daniela B e h r e n s (SPD)	Staatssekretärin Dr. Christina A r b o g a s t , Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung
Kultusministerin Julia Willie H a m b u r g (GRÜNE)	Staatssekretärin Andrea H o o p s , Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung Olaf L i e s (SPD)	Staatssekretär Frank D o o d s , Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung
Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Miriam S t a u d t e (GRÜNE)	Staatssekretär Dr. Michael M a r a h r e n s , Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Justizministerin Dr. Kathrin W a h l m a n n (SPD)	Staatssekretär Dr. Thomas S m o l l i c h , Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Falko M o h r s (SPD)	Staatssekretär Prof. Dr. Joachim S c h a c h t n e r , Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Christian M e y e r (GRÜNE)	Staatssekretärin Anka D o b s l a w , Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung Wiebke O s i g u s (SPD)	Staatssekretär Matthias Wunderling-Weilbier, Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung

Beginn der Sitzung: 11.03 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten

Tagesordnungspunkt 2:

Nationalhymne

Tagesordnungspunkt 3:

Begrüßung und Ansprache des Alterspräsidenten

Alterspräsident MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky:

Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zur ersten Sitzung des Niedersächsischen Landtages in der 19. Wahlperiode heiße ich Sie alle herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich bitte zunächst die Vertreter der Medien, sich an die Randbereiche bzw. auf die Presstribüne zurückzuziehen.

Die Tagesordnung und die Einladung liegen Ihnen allen vor.

Bevor wir zur geschäftsmäßigen Abwicklung dieser besonderen Sitzung kommen, bitte ich Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Wir singen - mit Unterstützung des Streichquartetts der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover - unsere Nationalhymne, die dritte Strophe des „Liedes der Deutschen“ von Heinrich Hoffmann von Fallersleben.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne)

Ich danke Ihnen und dem Streichquartett der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover für die schöne Begleitung.

(Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, wie auch in den vergangenen Wahlperioden orientieren wir uns in der ersten Sitzung des Landtages zuerst an den Regelungen der Geschäftsordnung des Landtages der 18. Wahlperiode.

Es ist Tradition - und unsere Geschäftsordnung sieht es in § 68 vor -, dass in der ersten Sitzung des Landtages bis zur Wahl der Präsidentin oder des

Präsidenten das älteste anwesende Mitglied des Landtages, das hierzu bereit ist, als Alterspräsidentin oder als Alterspräsident den Vorsitz führt. Dieser Regelung verdanke ich, dass ich heute für einen kurzen Zeitraum diesen Platz einnehmen und Sie begrüßen darf.

Nach gutem Brauch möchte ich mich aber zuerst vergewissern, dass ich auf diesem Platz zu Recht sitze.

Ich bin Jozef Rakicky, gewähltes Mitglied des Landtages aus dem Landkreis Helmstedt. Ich bin im Jahre 1956 geboren und frage alle anwesenden neu gewählten Abgeordneten: Befindet sich unter den Gewählten jemand, der vor dem April 1956 geboren wurde? - Keiner meldet sich.

Dann erkläre ich meine Bereitschaft, zunächst den Vorsitz zu führen, und eröffne hiermit die erste Plenarsitzung des neu gewählten Landtages.

Gemäß der Geschäftsordnung kommen wir gleich zur Benennung der zwei Mitglieder, die mit mir gemeinsam den vorläufigen Sitzungsvorstand bilden.

Üblicherweise werden als vorläufige Schriftführer das jüngste weibliche und das jüngste männliche Mitglied des Landtags benannt. Nach den Informationen, die ich bekommen habe, sind das Frau Antonia Hillberg von der Fraktion der SPD, geboren am 14. Dezember 1997, und Herr Pascal Leddin von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geboren am 22. März 1999. Ist jemand der anwesenden Damen und Herren gewählten Abgeordneten noch jünger? - Das ist wahrscheinlich kaum möglich.

(Heiterkeit)

Auch das scheint also nicht der Fall zu sein. Deshalb frage ich zuerst Frau Hillberg, ob sie bereit ist, der Tradition zu folgen und dieses vorläufige Amt zu übernehmen.

(Antonia Hillberg [SPD]: Ja!)

- Vielen Dank.

Ich frage Herrn Leddin, ob er bereit ist, dieses Amt zu übernehmen.

(Pascal Leddin [GRÜNE]: Ja!)

- Vielen Dank.

Wir haben von beiden die Zustimmung.

Dann bitte ich Sie beide, hier rechts und links von mir Platz zu nehmen, wobei „rechts“ und „links“ jetzt ausnahmsweise natürlich keine politische Bedeutung haben. Bitte schön!

Damit sind wir komplett. Das vorläufige Präsidium ist vollständig. Wir können in der Tagesordnung fortfahren.

Erlauben Sie mir, unsere zahlreichen Besucher auf den Tribünen - Repräsentanten des öffentlichen Lebens in Niedersachsen, Vertreter der Kirchen und Glaubensgemeinschaften, Vertreter der Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen, Landschaften und Landschaftsverbände, der Bundeswehr sowie des konsularischen Korps - herzlich zu begrüßen und uns für die Ehre, die Sie uns mit Ihrer Anwesenheit erweisen, zu bedanken.

(Beifall)

Bitte haben Sie Verständnis, dass ich nicht alle Ehrengäste namentlich begrüßen kann. Als einen besonderen Gast begrüße ich aber die ehemalige Präsidentin unseres Landtages, Frau Dr. Andretta.

(Beifall)

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, Ihnen gebührt heute neben einer besonderen Begrüßung vor allem unser Dank für Ihre Leistung in den vergangenen fünf Jahren an der Spitze des Landtages. Mit Ihrer souveränen Sitzungsführung und Ihrer würdigen Repräsentation unseres Landtages haben Sie zu einem positiven Bild des Parlaments und Niedersachsens beigetragen und der so viel zitierten Politikmüdigkeit entgegengewirkt. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Auch die Presstribünen sind heute voll besetzt, und das ist gut so. Die Berichterstattung aus dem Parlament hat mein Vorgänger, Herr Heiner Schönecke, als - ich zitiere - „ein Lebenselixier“ „für jedes echte Parlament“ bezeichnet. Die Begleitung der Parlamentsarbeit durch die Medien ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Politik und Bevölkerung. Ich hoffe und bin überzeugt, dass wir in den nächsten fünf Jahren von den Medien eine kritische, aber faire und objektive Berichterstattung erwarten können.

Schließlich begrüße ich natürlich alle Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages der 19. Wahlperiode und sämtliche anwesende frühere Kolleginnen und Kollegen. Auch die Zuschauer, die - wie auch meine Familie - unsere konstituierende Sitzung im Fernsehen oder über den Livestream des NDR verfolgen, möchte ich an dieser Stelle herzlich begrüßen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, ich habe heute hier

die besondere Ehre, die konstituierende Sitzung des neu gewählten Landtages als Alterspräsident zu eröffnen, und das auch noch als neu gewähltes Mitglied des Landtages. Zuerst war ich überrascht über das Angebot dieses Amtes und insbesondere darüber, dass der Alterspräsident tatsächlich der älteste Abgeordnete im Landtag ist. Ich dachte: So alt bin ich doch eigentlich noch nicht. Für mich steht aber fest: Sie werden in dieser Wahlperiode einen ziemlich jungen Alterspräsidenten haben. Alt genug bin ich aber, um diesen Tag und diese Sitzung als etwas ganz Besonderes zu empfinden.

Ich bin, wie Sie unschwer an meiner Sprache erkennen können, nicht in Deutschland geboren. Geboren und aufgewachsen bin ich in der kommunistischen Tschechoslowakei. Das war damals ein Land, wo Demokratie nur auf dem Papier existierte. Die Presse war sklavisch und gleichgeschaltet. Es war ein Land, in dem die Kinder von klein auf in der Schule politisch indoktriniert wurden, ein Land, wo Kritiker der herrschenden Doktrin und Andersdenkende vom Staatsschutz beobachtet oder sogar inhaftiert, von der Presse diffamiert und zum Feind der Gesellschaft erklärt wurden. Ich weiß also, was es heißt, in einem unfreien Land ohne Demokratie zu leben. Ich kenne Unfreiheit und Unterdrückung.

Es war dieses Gefühl der Unfreiheit, was mich Jahre vor dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes dazu brachte, nach Freiheit zu suchen. Ich fand sie in Deutschland. Ich fand sie in Niedersachsen. Und nun darf ich mich ab heute sogar als Abgeordneter für die Freiheit einsetzen. Das ist für mich - ich bitte um Verständnis - ein sehr besonderer Augenblick.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, die Freiheit der Bürger ist unser aller Auftrag - auch und gerade in Zeiten, in denen sich Meinungen unversöhnlich gegenüberstehen, in denen sich nicht mehr zugehört wird, in denen ganze Gruppen pauschal abgewertet werden. Gesellschaftlicher Zusammenhalt, gesellschaftlicher Friede erwachsen nicht dadurch, dass nur eine Meinung als die richtige gilt und alle anderen diffamiert und ausgegrenzt werden. Gesellschaftlicher Friede entsteht durch Dialog. Er entsteht durch die Wertschätzung des anderen, auch wenn man seine Meinung nicht teilt. Der Kern der Demokratie ist das Recht des Einzelnen, seine eigene Meinung zu haben und sie zu äußern, und dass ich bereit bin, für die Freiheit des anderen einzutreten - nicht, weil ich seine Meinung teile, sondern weil ich Demokrat bin und weil ohne die Meinung des anderen nun einmal keine Demokratie existiert.

Der Landtag ist ein Ort, in dem diskutiert, beraten, sich ausgetauscht wird und Entscheidungen getroffen werden. Dabei ist es unabdingbar, dass alle Ansichten gehört werden. Demokratie lebt von Meinungsvielfalt und -freiheit. Sie ist Teil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Demokratie ist die Herrschaft des Volkes, und das Volk hat nun einmal viele Meinungen. Demokratie ist daher auch ein System, das sicherstellt, dass die Minderheitsmeinung immer auch zur Mehrheitsmeinung werden kann.

Im Vorfeld dieser Sitzung waren von Vertretern anderer Fraktionen bereits - lassen Sie es mich nicht so hart ausdrücken - Ausgrenzungsaussagen getätigt worden. Ich glaube, das tut diesem Haus nicht gut. Es tut der Demokratie nicht gut. Wir alle stehen für Einigkeit und Freiheit und Recht und müssen dafür eintreten, dass es so bleibt. Wenn wir uns darüber einig sind, ist schon viel gewonnen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere konstituierende Sitzung findet auch unter besonders bewegenden und gefährlichen nationalen und internationalen Rahmenbedingungen statt. Wir alle wollen für unser Land, für unsere Familien und für uns selbst ein friedliches Leben.

Erlauben Sie mir daher aus diesem aktuellen Anlass, zum Abschluss meiner Ansprache einen meiner Vorgänger, den ehrwürdigen Alterspräsidenten dieses Parlaments Klaus-Peter Bruns, zu zitieren. Herr Alterspräsident Bruns war in diesem Parlament der letzte Zeitzeuge der zwei Weltkriege im 20. Jahrhundert. Er richtete am 9. Juli 1986 an den neu gewählten Landtag folgende Worte:

„Die Jüngeren von Ihnen werden fragen, wie es zu 1933 und 1939 kommen konnte und was das für Menschen waren, die diese Entwicklung zuließen oder gar mittrugen.“

Weiteres Zitat:

„Es war schon immer so: Die Völker wollen keinen Krieg. Aber sie sind anfällig gegen Manipulation und Irreführung. Die Herrschenden finden immer wieder Gründe, Menschen, die doch leben wollen, in den Krieg und ins Verderben zu führen.“

Ich frage hier in diesem Parlament besorgt: Dürfen wir uns darauf verlassen, dass dies heute nicht mehr möglich ist?

Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei der AfD)

Wir fahren in unserer Tagesordnung fort.

Tagesordnungspunkt 4:

Feststellung der Beschlussfähigkeit durch Namensaufruf (§ 68 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages (GO LT))

Ich bitte Frau Hillberg, die Mitglieder des Landtages der 19. Wahlperiode nacheinander aufzurufen.

Die Aufgerufenen bitte ich, jeweils mit Ja zu antworten. Es wäre vielleicht besser, wenn die Aufgerufenen auch kurz aufstehen würden, damit man sich untereinander besser kennenlernt. Aber das stelle ich Ihnen frei.

Frau Hillberg, Sie haben das Wort!

(Schriftführerin Antonia Hillberg verliest die Namen der Abgeordneten:

Dr. Bernd Althusmann (CDU)	Ja
Matthias Arends (SPD)	Ja
Brian Baatzsch (SPD)	Ja
Volker Bajus (GRÜNE)	Ja
Jan Bauer (CDU)	Ja
Anna Bauseneick (CDU)	Ja
Jan-Philipp Beck (SPD)	Ja
Sina Marie Beckmann (GRÜNE)	Ja
Vanessa Behrendt (AfD)	Ja
Nico Bloem (SPD)	Ja
André Bock (CDU)	Ja
Veronika Bode (CDU)	Ja
Marcus Bosse (SPD)	Ja
Stephan Bothe (AfD)	Ja
Christoph Bratmann (SPD)	Ja
Markus Brinkmann (SPD)	Ja
Jens-Christoph Brockmann (AfD)	Ja
Saskia Buschmann (CDU)	Ja
Birgit Butter (CDU)	Ja
Christian Calderone (CDU)	Ja
Evrin Camuz (GRÜNE)	Ja
Stephan Christ (GRÜNE)	Ja
Alfred Dannenberg (AfD)	Ja
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)	Ja
Djenabou Diallo-Hartmann (GRÜNE)	Ja
Jörn Domeier (SPD)	Ja
Uwe Dorendorf (CDU)	Ja
Oliver Ebken (SPD)	Ja
Christoph Eilers (CDU)	Ja
Karin Emken (SPD)	Ja
Lara Evers (CDU)	Ja

Christian Frölich (CDU)	Ja	Hartmut Moorkamp (CDU)	Ja
Christian Fühner (CDU)	Ja	Thorsten Moriße (AfD)	Ja
Marten Gäde (SPD)	Ja	Hanna Naber (SPD)	Ja
Immacolata Glosemeyer (SPD)	Ja	Jens Nacke (CDU)	Ja
Constantin Grosch (SPD)	Ja	Omid Najafi (AfD)	Ja
Thore Güldner (SPD)	Ja	Lena Nzume (GRÜNE)	Ja
Julia Willie Hamburg (GRÜNE)	Ja	Wiebke Osigus (SPD)	Ja
Thordies Hanisch (SPD)	Ja	Barbara Otte-Kinast (CDU)	Ja
Gerald Heere (GRÜNE)	Ja	Jürgen Pastewsky (AfD)	Ja
Frank Henning (SPD)	Ja	Sebastian Penno (SPD)	Ja
Carina Hermann (CDU)	Ja	Boris Pistorius (SPD)	Ja
Reinhold Hilbers (CDU)	Ja	Christoph Plett (CDU)	Ja
Antonia Hillberg (SPD)	Ja	Jonas Pohlmann (CDU)	Ja
Jörg Hillmer (CDU)	Ja	Stefan Politze (SPD)	Ja
Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE)	Ja	Guido Pott (SPD)	Ja
Eike Holsten (CDU)	Ja	Ulf Prange (SPD)	Ja
Laura Hopmann (CDU)	Ja	Andrea Prell (SPD)	Ja
Gerd Hujahn (SPD)	Ja	Marcel Queckemeyer (AfD)	Ja
André Hüttemeyer (CDU)	Ja	Dr. Jozef Rakicky (AfD)	Ja
Dennis Jahn (AfD)	Ja	Sophie Ramdor (CDU)	Ja
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)	Ja	Philipp Raulfs (SPD)	Ja
Katharina Jensen (CDU)	Ja	Melanie Reinecke (CDU)	Ja
Verena Kämmerling (CDU)	Ja	Lukas Reinken (CDU)	Ja
Rüdiger Kaurhoff (SPD)	Ja	Julia Retzlaff (SPD)	Ja
Delia Klages (AfD)	Ja	Harm Rykena (AfD)	Ja
Stefan Klein (SPD)	Ja	Alexander Saade (SPD)	Ja
Marie Kollenrott (GRÜNE)	Ja	Heiko Sachtleben (GRÜNE)	Ja
René Kopka (SPD)	Ja	Marcel Scharrelmann (CDU)	Ja
Holger Kühnlenz (AfD)	Ja	Swantje Schendel (GRÜNE)	Ja
Anne Kura (GRÜNE)	Ja	Jörn Schepelmann (CDU)	Ja
Deniz Kurku (SPD)	Ja	Ansgar Georg Schledde (AfD)	Ja
Corinna Lange (SPD)	Ja	Dr. Frank Schmädeke (CDU)	entsch.
Kirsikka Lansmann (SPD)	Ja	Julius Schneider (SPD)	Ja
Sebastian Lechner (CDU)	Ja	Pippa Schneider (GRÜNE)	Ja
Pascal Leddin (GRÜNE)	Ja	Jan Schröder (SPD)	Ja
Dr. Silke Lesemann (SPD)	Ja	Doris Schröder-Köpf (SPD)	Ja
Dr. Dörte Liebetruth (SPD)	Ja	Jessica Schülke (AfD)	Ja
Olaf Lies (SPD)	Ja	Detlev Schulz-Hendel	
Peer Lilienthal (AfD)	Ja	(GRÜNE)	Ja
Karin Logemann (SPD)	Ja	Uwe Schünemann (CDU)	Ja
Oliver Lottke (SPD)	Ja	Claudia Schüßler (SPD)	Ja
Michael Lühmann (GRÜNE)	Ja	Annette Schütze (SPD)	Ja
Cindy Lutz (CDU)	Ja	Claus Seebeck (CDU)	Ja
Martina Machulla (CDU)	Ja	Wiard Siebels (SPD)	Ja
Stefan Marzischewski-Drewes		Miriam Staudte (GRÜNE)	Ja
(AfD)	Ja	Ulf Thiele (CDU)	Ja
Pascal Mennen (GRÜNE)	Ja	Colette Thiemann (CDU)	Ja
Björn Meyer (SPD)	Ja	Dr. h. c. Björn Thümler (CDU)	Ja
Christian Meyer (GRÜNE)	Ja	Sabine Tippelt (SPD)	Ja
Dr. Tanja Meyer (GRÜNE)	Ja	Dirk Toepffer (CDU)	Ja
Volker Meyer (CDU)	Ja	Grant Hendrik Tonne (SPD)	Ja
Philipp Meyn (SPD)	Ja	Dennis True (SPD)	Ja
Axel Miesner (CDU)	Ja	Thomas Uhlen (CDU)	Ja
Dr. Marco Mohrmann (CDU)	Ja	Eva Viehoff (GRÜNE)	Ja

Ulrich Watermann (SPD)	Ja
Stephan Weil (SPD)	Ja
Nadja Weippert (GRÜNE)	Ja
Dr. Thela Wernstedt (SPD)	Ja
Klaus Wichmann (AfD)	Ja
Alexander Wille (CDU)	Ja
Christoph Willeke (SPD)	Ja
Tim Julian Wook (SPD)	Ja
Sebastian Zinke (SPD)	Ja)

Vielen Dank, Frau Hillberg.

Wir haben festgestellt, dass 145 von 146 gewählten Abgeordneten im Saal sind. Der Landtag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend sind. Das ist der Fall. Damit stelle ich die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest.

Tagesordnungspunkt 5:

Feststellung des Zusammentritts des Landtages der 19. Wahlperiode

Nachdem wir entsprechend der Vorgabe in § 68 unserer Geschäftsordnung die Beschlussfähigkeit des Landtages festgestellt haben, stelle ich nunmehr fest, dass der Landtag der 19. Wahlperiode zusammengetreten ist. Damit hat nach Artikel 9 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung die 19. Wahlperiode begonnen.

Wir kommen jetzt zu dem nächsten Tagesordnungspunkt, und zwar

Tagesordnungspunkt 6:

Wahl der Landtagspräsidentin oder des Landtagspräsidenten (Artikel 18 der Niedersächsischen Verfassung (NV), § 5 GO LT)

Für die Dauer der Wahlhandlung bitte ich alle Fotografinnen und Fotografen sowie Kameraleute, sich in den hintersten Bereich des Plenarsaals zurückzuziehen. Alle anderen Personen, die nicht Mitglieder des Landtages sind, bitte ich, den Plenarsaal zu verlassen. Ausgenommen sind geladene Gäste, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre und die aus dienstlichen Gründen anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung.

Nach Artikel 18 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung wählt der Landtag seine Präsidentin oder seinen Präsidenten.

Nach § 5 Abs. 2 Satz 1 der bisherigen Geschäftsordnung schlägt die stärkste Fraktion ein Mitglied des Landtages für die Wahl zur Präsidentin oder zum Präsidenten vor.

Die stärkste Fraktion in diesem Hause ist die SPD-Fraktion. Sie hat die Abgeordnete Frau Hanna Naber schriftlich vorgeschlagen. Dieser Vorschlag liegt Ihnen allen als Drucksache 19/2 vor.

Nach § 5 Abs. 3 Satz 1 der bisherigen Geschäftsordnung ist die Wahl mit Stimmzetteln durchzuführen. Sie kann aber nach Satz 2 dieser Vorschrift durch Handzeichen vorgenommen werden, wenn kein anwesendes Mitglied des Landtages widerspricht.

Erhebt sich gegen die Wahl durch Handzeichen Widerspruch? - Das ist sehr erfreulich: kein Widerspruch.

Nach § 5 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung ist ein vorgeschlagenes Mitglied des Landtages gewählt, wenn es die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Erforderlich ist demnach eine einfache Mehrheit der Stimmen. Bei der Ermittlung dieser Mehrheit zählen Stimmenthaltungen jedoch nicht als gültige Stimmen.

Ich bitte nun diejenigen, die Frau Naber zur Präsidentin des Landtages wählen wollen, um ein eindeutiges Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig.

(Starker, anhaltender Beifall - Die Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN erheben sich - Hanna Naber [SPD] nimmt Glückwünsche entgegen)

- Alle diese Gratulationen kamen ein bisschen sehr früh. Erst jetzt stelle ich fest, dass Frau Naber einstimmig zur Präsidentin dieses Hauses gewählt worden ist.

Sehr geehrte Frau Naber, ich frage Sie jetzt: Nehmen Sie diese Wahl an?

Hanna Naber (SPD):

Ja, ich nehme die Wahl an und danke herzlich für das Vertrauen.

(Starker Beifall)

Alterspräsident MUDr. PhDr. / Univ. Prag Jozef Rakicky:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Dann spreche ich Ihnen zur Wahl die Glückwünsche des ganzen Hauses aus. Wir wünschen und hoffen, dass Sie eine

gerechte und fürsorgliche Präsidentin sein werden, die mit glücklicher und ruhiger Hand die Geschicke des Hauses leitet, sich der Belange aller Fraktionen und aller Abgeordneten annimmt und ihr Amt zum Wohl des Landes wahrnimmt.

Ich bitte Sie nunmehr, meinen Platz einzunehmen. Er ist traditionsgemäß schon ein bisschen angewärmt.

(Heiterkeit)

Tagesordnungspunkt 7:

Amtsübernahme durch die gewählte Landtagspräsidentin und Rede

Präsidentin Hanna Naber:

Meinen herzlichen Dank auch noch von dieser Stelle.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste - unter Ihnen neben unserer ehemaligen Präsidentin Dr. Andretta auch der ehemalige Bundespräsident und Niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff, die Vizepräsidentin des Staatsgerichtshofes Anke van Hove und die ehemaligen Landtagspräsidenten Horst Milde und Bernd Busemann -: Herzlich willkommen!

(Beifall)

Einen herzlichen Dank an dieser Stelle auch für den wunderbaren Gottesdienst, den wir gerade gemeinsam in der Marktkirche erleben durften. Vielen Dank allen anwesenden Vertreterinnen und Vertretern.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist ein Hohes Haus - das höchste, das wir in Niedersachsen haben, das Haus des Volkes, gewählt vom Volk für das Volk. Und wir, die wir die Aufgabe übertragen bekommen haben, für das Volk zu sprechen, sollten diese Aufgabe mit Demut annehmen. Wir treten einen Dienst an. Unser Mandat ist Dienst und nicht Verdienst.

Diese Formel steht gleichermaßen für mein eigenes Amtsverständnis. In Demut und mit Respekt danke ich Ihnen herzlich für Ihr Vertrauen. Ich danke dem Alterspräsidenten für die Eröffnung und die Begrüßung. Unseren beiden jüngsten Abgeordneten danke ich für ihre Mitarbeit im Präsidium.

Wir leben in einer Zeit, die geprägt ist von Zukunftssorgen, von Existenzängsten, Ohnmachtsgefühlen und, ja, auch von Zorn - häufig im Stillen, bisweilen aber auch in aller Schärfe artikuliert. Deshalb will ich

Ihnen heute allen sagen: Dies ist kein Haus des Zorns. Hier sprechen wir für das Volk. Hier sprechen wir aus, was zornig macht oder frustriert, um gemeinsam Lösungen zu finden, aber wir tragen den Zorn nicht in uns.

Eine Tugend der Demokratie ist die Mäßigung. Wir hören zu, wir nehmen Stimmungen der Bevölkerung auf und übertragen diese in differenzierte demokratische Debatten. Unseren Dienst erfüllen wir nur dann, wenn wir das ernst nehmen. Keine Wutrede in diesem Haus dient dem Volk, keine Beleidigung von Kolleginnen und Kollegen dient dem Volk. Nur der sachlich und respektvoll ausgetragene Streit um die besten Ideen und die dann ausgearbeitete Lösung sind wahrer Dienst.

Wir tun unseren Dienst in dem Geiste, in dem jeder Demokrat, jede Demokratin für das Volk sprechen sollte: in Demut. Es ist nicht selbstverständlich, dass wir frei sprechen dürfen. Die Freiheit unserer Worte wurde mehrfach erkämpft - nicht nur einmal in Deutschland, mehrfach, weil sie immer wieder verloren ging an den Zorn. Zorn ist der Weg weg von der Demokratie, Mäßigung lässt sie bestehen - Mäßigung auch im Angesicht der größten Krisen, die unser Land seit dem Zweiten Weltkrieg bestehen muss. Klimawandel, Umgestaltung der Arbeitswelt, Krieg in Europa, Teuerung, Pandemie und Versorgungsnot: All das fordert uns heraus, oft auch emotional, weil wir wissen, dass uns beim Klimawandel die Zeit davonläuft, weil wir wissen, wie sehr Menschen in unserem Land von steigenden Kosten bedrängt sind, weil wir sehen, wie Menschen in der Ukraine sterben, weil wir sehen, wie die Menschen - vor allem die Frauen - im Iran gedemütigt und unterdrückt werden. Sie alle verdienen unsere Solidarität.

(Beifall)

Die Zeit rast, die Emotionen kochen hoch. Manchmal fühlen wir uns ohnmächtig angesichts der Herausforderungen, die sich uns stellen. Ohnmacht aber ist genau das Gefühl, gegen das die Demokratie antritt. Unsere Verantwortung als Abgeordnete ist es, Ohnmacht in Macht umzumünzen. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Wir geben dem Volk eine Stimme - aber nicht, um die Ohnmacht ins Parlament zu tragen, sondern um die Ohnmacht durch unsere Arbeit in Macht - Macht im Sinne von Stärke und Kraft - zu verwandeln: Macht für Lösungen, Macht für konkrete Verbesserungen, Macht für mehr Tempo, damit die Krisen bewältigt werden, statt sich zu verschärfen, Macht für die Sache, nicht für uns selbst.

Bitte geben Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur Ihren Gefühlen hin! Verfallen Sie nicht dem einfachen Impuls, mit bloßer Zuspitzung auf sich selbst aufmerksam machen zu wollen, anstatt in harter Arbeit ein Problem zu lösen! Es geht nicht um uns, sondern um das Volk, das wir vertreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ich noch einmal eine Rede halte, in der das Wort „Volk“ so oft vorkommt, hätte ich mir vor knapp 30 Jahren als Sprecherin des AStA der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg auch nicht vorstellen können.

(Heiterkeit)

Aber je mehr ich es bewegt habe, desto schlüssiger ist das Wort „Volk“ auch für mich, weil „Volk“ im Sinne des Wortes „Volksvertretung“ kein ausgrenzender Begriff ist - es ist kein Begriff, der unterscheidet zwischen denen, die alle staatsbürgerlichen Rechte haben, und denen, die hier ohne diese Rechte leben -, sondern weil der Begriff der Volksvertretung eine Mahnung an uns selbst und unser Verhalten ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mir ist schon klar, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir nicht in jeder Sekunde unserer Mandatsausübung maximal staatstragend sein können. Manchmal müssen wir im Parlament auch mal den spitzen Angriff wagen oder gemeinsam über einen guten Scherz lachen. Das ist keine Frage, das darf so sein, und das soll so sein. Aber all das muss den Menschen dienen, die uns gewählt haben, und - das ist ebenfalls Teil unserer Verantwortung - es muss auch den Menschen dienen, die uns nicht gewählt haben, auch denen, die nicht zur Wahl gegangen sind, und denen, die hier leben und uns nicht wählen durften.

Die Wahlbeteiligung, meine Damen und Herren, war in Niedersachsen bei dieser Landtagswahl mit 60 % sehr niedrig. All die Menschen, die nicht zur Wahl gegangen sind, müssen wir mit vertreten, auch wenn sie uns mit dieser Vertretung nicht beauftragt haben. Damit wir das tun können, müssen wir mehr denn je den Dialog mit der Bevölkerung suchen. Wir alle mit unseren Fachthemen und in unseren Wahlkreisen, und auch hier in diesem Landtag, wir müssen Brücken bauen.

Mit Ihnen gemeinsam möchte ich den Weg des offenen, transparenten Landtages, eines Hauses für die Bürgerinnen und Bürger, weitergehen. Wir heißen alle herzlich willkommen, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Einkommens oder ihrer Bildung. Und

wenn die Menschen nicht zu uns kommen, gehen wir zu ihnen. - Keine Angst, ich möchte keine ständige Dependence in Oldenburg errichten.

(Heiterkeit)

Aber was spricht dagegen, die Ausschüsse, die Gremien unserer Arbeit im Flächenland Niedersachsen sichtbarer zu machen? - Nichts!

Denn „Klasse Landtag“ - ein Programm der politischen Bildung, welches Schulen nicht nur zu uns einlädt, sondern sie auch besucht - ist hierfür bereits ein schönes Beispiel.

Unser Parlament ist jünger und diverser als je zuvor. Das gibt uns die Chance, dass neue Sichtweisen und vielfältige Interessen in unsere Arbeit eingebracht werden können, und das gibt uns die Aufgabe, die vielen jungen und auch älteren Menschen einzubinden, die sich zwar politisch engagieren, aber von der repräsentativen Demokratie abwenden.

Nehmen Sie alle das bitte ernst, meine Damen und Herren! Die Wahlbeteiligung und damit das Vertrauen in unser parlamentarisches System wieder zu erhöhen, ist unser aller Verantwortung. Wir sind hier im Auftrag aller, nur unserem Gewissen verpflichtet. So steht es in der Landesverfassung. Aber unser Gewissen sollte sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten und nicht an unserer eigenen Ambition. Nicht etwas zu werden, sind wir hier, sondern wir sind hier, damit alle etwas werden können.

(Beifall)

Eine, die sich in ihrem ganzen politischen Leben dafür eingesetzt hat, dass Menschen teilhaben können, ist Dr. Gabriele Andretta, meine Vorgängerin und erste Landtagspräsidentin in 70 Jahren: eine Präsidentin auf der Höhe der Zeit, die uns ein offenes, modernes, transparentes Haus überantwortet hat, eine feministische Präsidentin, die eine Politik der Gleichberechtigung nicht nur stets angemahnt, sondern auch gelebt hat, eine Präsidentin mit klarer Haltung gegen Rassismus und Antisemitismus, deren Erinnerungskultur Maßstäbe gesetzt hat, an die ich gerne anknüpfen will,

(Beifall)

und nicht zuletzt eine Präsidentin, die uns in einem äußerst würdigen Festakt zum Jubiläum des 75-jährigen Bestehens des Landtages das Werden der Demokratie und unsere Verantwortung, täglich für sie einzutreten, eindrücklich vergegenwärtigt hat. Und so hallt bei mir persönlich nicht nur die wunderbare

Interpretation von „Nothing Else Matters“ bis heute nach.

Im Namen des ganzen Hauses möchte ich Ihnen, Frau Präsidentin, von ganzem Herzen für Ihre beeindruckende Amtsführung danken. Herzlichen Dank, liebe Gabi!

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der CDU - Die Abgeordneten der SPD, der GRÜNEN und der CDU erheben sich)

Auf eines konnten wir uns bei Gabi Andretta immer verlassen: Sie hat die Würde und die Rechte des Parlaments verteidigt - auch in schwierigen Zeiten. Darauf dürfen Sie auch bei mir bauen. Wie schon Gabi Andretta werde auch ich stets auf der Seite dieses Parlaments stehen, selbst wenn dies mitunter zur Missstimmung mit der Regierung führen kann. Sie alle in der zukünftigen Landesregierung haben mit diesem Parlament einen starken Partner an der Seite, der mit Ihnen zusammen zum Wohl des Volkes arbeiten will. Aber bitte vergessen Sie dabei nie, dass Sie diesem Parlament verpflichtet sind und nicht das Parlament Ihnen.

In diesem Sinne Ihnen und uns allen eine gute Legislaturperiode zum Wohle des Landes, zum Wohle seiner Menschen und in Demut!

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Herzlichen Dank.

Auch wenn es gerade so schön war, fahren wir in der Tagesordnung fort mit dem

Tagesordnungspunkt 8:

Beschluss über die Fortgeltung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages - Unterrichtung - Drs. 19/1 - Änderungsantrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/4

Als Drucksache 19/1 ist die Geschäftsordnung des Landtages in der bisher geltenden Fassung an Sie verteilt worden. Entsprechend Artikel 21 Abs. 1 unserer Verfassung, wonach sich der Landtag eine Geschäftsordnung gibt, ist in der vergangenen Wahlperiode ein Beschluss über die Fortgeltung des bisherigen Geschäftsordnungsrechts gefasst

worden, um bis zu einer Änderung der Geschäftsordnung eine Regelung für das weitere Verfahren zu schaffen.

In der Drucksache 19/4 liegt Ihnen zudem ein Änderungsantrag zur Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages vor, den die Fraktion der AfD eingebracht hat. Um eine Grundlage und einen Bezugspunkt für die Beratung eines solchen Änderungsantrags zur Geschäftsordnung zu schaffen, ist zunächst über die Fortgeltung der bisherigen Geschäftsordnung zu beschließen.

(Klaus Wichmann [AfD] meldet sich zur Geschäftsordnung)

- Ein Antrag zur Geschäftsordnung. Herr Wichmann, bitte! Ich weise darauf hin, dass ich Ihnen das Wort für maximal fünf Minuten geben kann und nur zur verfahrensmäßigen Behandlung des Tagesordnungspunktes.

Klaus Wichmann (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Ich darf zunächst darauf hinweisen, dass ich Ihre Auffassung, die Sie soeben vorgetragen habe, nicht teile. Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Im Jahre 1998 wurden bei der konstituierenden Sitzung Geschäftsordnungsänderungsanträge u. a. von den Grünen eingereicht und verhandelt. Insofern berufe ich mich auf die parlamentarische Praxis und sehe keinen Raum für abweichendes Verhalten. Es gibt dafür keine Rechtsgrundlage.

Ich möchte begründen, warum dieser Geschäftsordnungsänderungsantrag eingereicht wurde.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, an einem solchen Tag, dem Tag der konstituierenden Sitzung des Landtages, mag der eine oder andere denken, dass dies kein Tag des Streitens sein sollte, sondern ein Tag des würdevollen Beginns einer neuen Legislaturperiode, ein Tag, der mit einer gewissen Feierlichkeit beginnen und auch so enden sollte. Ich würde dem gern zustimmen.

Aber der Niedersächsische Landtag ist eben auch kein politischer Streichelzoo, sondern eine Volksvertretung. Und das, was in den Medien über einen fünften Vizepräsidenten berichtet wird, lässt mir leider keine Wahl. Als Volksvertreter muss ich mich dem entgegenstellen, und das tut meine Fraktion ausdrücklich mit diesem Antrag.

Unser Änderungsantrag zur Geschäftsordnung will eine klare Regelung: vier Vizepräsidenten und kei-

nen mehr. Wir gehen sogar noch weiter. Wir formulieren: *bis zu* vier Vizepräsidenten, abhängig von der Anzahl der Fraktionen. Jeweils der Größe nach sollen die vier größten Fraktionen je einen Vizepräsidenten stellen. Und ja, ich weiß, dass die finanzielle Mehrbelastung für den Steuerzahler durch einen fünften Landtagsvizepräsidenten nicht sonderlich groß wäre. Aber darum geht es hier beim besten Willen nicht. Es geht um das politische Signal.

Was ist das für ein politisches Signal, wenn sich der Landtag noch mehr bezahlte Posten schafft, obwohl diese gar nicht notwendig sind? Oder finden Sie, dass ein fünfter Vizepräsident wirklich notwendig ist? Hat irgendjemand im alten Präsidium auch nur einmal gesagt: „Wir schaffen diese Arbeit mit vier Vize und einer Präsidentin nicht“? Hat irgendeine Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode einen einzigen Antrag gestellt - - -

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Wichmann, ich darf Sie noch einmal darauf hinweisen, dass sich Ihre Wortmeldung nur auf die verfahrensgemäße Behandlung dieses Tagesordnungspunktes beziehen darf.

Klaus Wichmann (AfD):

Ja, aber, Frau Präsidentin, wenn ich den Antrag nicht begründen kann,

(Zurufe von den GRÜNEN - Unruhe)

dann sind der Sinn und Zweck des Geschäftsordnungsantrags für die Abgeordneten nicht erkennbar. Deswegen habe ich diese Ausführungen begonnen.

(Beifall bei der AfD)

Ich bitte Sie im Interesse des Volkes, das wir hier vertreten, diese Ausführungen zu Ende bringen zu dürfen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Ihr Antrag wird doch noch beraten! Jetzt geht es um das Verfahren! - Sebastian Lechner [CDU]: Sie dürfen zum Verfahren sprechen! - Ulf Thiele [CDU]: Es geht um das Verfahren!)

Frau Präsidentin, ich erwarte Ihre Entscheidung.

Präsidentin Hanna Naber:

Die sollen Sie gerne bekommen, Herr Wichmann.

Kraft meiner Sitzungsleitung lasse ich zunächst über die Fortgeltung der Geschäftsordnung abstim-

men. Dieses Vorgehen dient, wie bereits vorgetragen, nur dazu, zunächst überhaupt ein Regelwerk als Grundlage und als Bezugspunkt für die beantragte Beratung einzelner Änderungen in Kraft zu setzen.

Für diesen Beschluss selbst gelten die Regeln der bisherigen Geschäftsordnung somit noch nicht. Daher findet auf das Verfahren bezüglich dieser Beschlussfassung auch weder die Regelung in § 100 Abs. 1 der bisherigen Geschäftsordnung Anwendung - wonach für Änderungen der Geschäftsordnung die Vorschriften über Gesetzentwürfe anzuwenden sind - noch die Regelung in § 31 Abs. 3 Satz 1 der bisherigen Geschäftsordnung zur Reihenfolge der Abstimmung bei Anträgen zu Gesetzentwürfen.

(Klaus Wichmann [AfD]: Frau Präsidentin, ich halte das ausdrücklich für die falsche Entscheidung! Ich halte das hier für ein verheerendes politisches Signal! Ich zitiere damit die *Hannoversche Allgemeine Zeitung!* - Zuruf von den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Jetzt ist aber gut! - Klaus Wichmann [AfD]: Und sie hat recht! - Beifall bei der AfD)

Wir haben eine Wortmeldung aus der CDU-Fraktion. Carina Hermann!

Carina Hermann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Wichmann, Sie haben soeben das Wort zur Geschäftsordnung erhalten und auch zur Geschäftsordnung ausgeführt. Wie Sie wissen, ist dies ein Recht, welches aus § 75 der Geschäftsordnung resultiert, die für die 18. Legislaturperiode galt. Wie Sie auch wissen, unterliegt die Geschäftsordnung dem Grundsatz der sachlichen Diskontinuität, ihre Geltungsdauer ist also auf die jeweilige Wahlperiode des Landtages begrenzt. Der sich gerade konstituierende Landtag der 19. Legislatur hat also noch keine Geschäftsordnung.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Niedersächsische Verfassung selbst enthält jedoch nicht genügend Vorgaben, um einen effektiven parlamentarischen Betrieb vollumfänglich zu gewährleisten. Das ist auch gar nicht die Aufgabe eines Verfassungstextes. Deshalb sieht Artikel 21 Abs. 1 unserer Niedersächsischen Verfassung vor,

dass wir uns eine Geschäftsordnung zu geben haben.

Der nun anstehende Tagesordnungspunkt hat doch gerade zum Gegenstand, dass wir die Fortgeltung dieser Geschäftsordnung - deren Rechte Sie, sehr geehrter Herr Kollege Wichmann, ja nun gerade in Anspruch nehmen - zunächst einmal beschließen, damit wir unserer Arbeit die bewährten Regeln geben, die auch, jedenfalls bis zu einer etwaigen Änderung, unverändert für die 19. Legislatur gelten. Änderungen der bisherigen Geschäftsordnung sollten dann in einem ordnungsgemäßen Verfahren durch die Abgeordneten des Landtags der 19. Legislatur erfolgen.

Entscheidend ist für uns aber, dass diese Änderungen in einem ordnungsgemäßen Verfahren erörtert werden können. Bis dahin sollte jedoch aus unserer Sicht die Geschäftsordnung, die in der letzten Legislatur galt, beschlossen werden. Sie schafft uns im Übrigen auch bewährte Regeln für Änderungen der Geschäftsordnung, die dann nämlich nach § 100 der Geschäftsordnung den Vorschriften für die Gesetzgebung unterliegen.

Deshalb hält die CDU-Fraktion daran fest, zunächst einmal den Beschluss über die Fortgeltung der Geschäftsordnung der 18. Legislaturperiode zu fassen und deswegen darüber jetzt abzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Herzlichen Dank.

Wir kommen dementsprechend zunächst zur Abstimmung - -

(Stefan Marzischewski-Drewes [AfD] meldet sich zu Wort)

- Eine Kurzintervention ist hier nicht möglich.

(Zuruf: Wir haben doch keine Geschäftsordnung!)

- Dann kommen Sie nach vorne!

Stefan Marzischewski-Drewes (AfD):

Es erstaunt mich, dass am Beginn einer Sitzung - - -

(Ulf Thiele [CDU]: „Frau Präsidentin!“ - Weitere Zurufe: Die Anrede!)

Die Anrede: Sehr geehrte Präsidentin!

(Zurufe)

Sehr geehrte Kollegen! Es erstaunt mich, dass am Beginn einer Sitzung die Abgeordneten nicht bereit sind, sich eine neue Geschäftsordnung zu geben,

(Zurufe von der SPD, der CDU und den GRÜNEN: Doch!)

in der nur ein einziger Punkt geändert werden soll: die Zahl der Landtagspräsidenten festlegen und begrenzen.

(Zurufe von der SPD: Das ist schon wieder inhaltlich! - Zur Geschäftsordnung!)

Dass Sie, liebe Vertreterin der CDU, nicht dazu bereit sind, dafür einzutreten und das gleich am Anfang festzulegen,

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

sondern zu einem späteren Zeitpunkt, wenn es in den Medien nicht mehr publik ist, ist bezeichnend und beschämend zugleich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Auch hier möchte ich darauf hinweisen, dass wir uns in einem Stadium befinden, in dem wir über die verfahrensmäßige Behandlung des Tagesordnungspunktes und nicht über inhaltliche Begründungen reden.

Wir kommen dementsprechend zunächst zur Abstimmung über die Fortgeltung der bisherigen Geschäftsordnung.

Ich bitte diejenigen, die der Fortgeltung der Geschäftsordnung in der aus der Drucksache 19/1 hervorgehenden Fassung zustimmen, um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Somit haben Sie der Fortgeltung mit großer Mehrheit zugestimmt.

Wir kommen sodann zu dem Antrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 19/4, an der als fortgeltend beschlossenen Geschäftsordnung eine Änderung vorzunehmen.

(Klaus Wichmann [AfD]: Darf ich mich zu Wort melden?)

- Wenn Sie sprechen wollen, sollten Sie sich zu Wort melden, ja.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Er hat ja schon gesprochen!)

Ich gehe davon aus, dass Sie Ihren Änderungsantrag einbringen möchten.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Hat er ja eigentlich schon getan!)

Das hat er ja eigentlich schon gemacht. Aber, Herr Wichmann, Sie bekommen das Wort.

Klaus Wichmann (AfD):

Ich werde, um unser aller Nerven zu schonen, natürlich nicht die ganze Rede neu halten, sondern an dem Gedanken anknüpfen, bei dem ich unterbrochen wurde.

Meine Damen und Herren, wenn keine Sachgründe einen fünften Vizepräsidenten nötig machen, dann erscheint eine solche Veränderung als Steuerverwendung. Sie erscheint als Willkür, manche werden sogar sagen: Sie erscheint als Selbstbedienung.

Wie erklären Sie denn einen fünften Vizepräsidenten einer Familie, die nicht weiß, ob sie ihre nächste Energierechnung bezahlen kann, die aber jetzt schon weiß, dass das Geld nicht reicht? Wie erklären Sie das den Tausenden von Menschen, die seit der Explosion der Lebensmittelpreise nun an den Tafeln anstehen? Wie erklären Sie das dem Arbeitnehmer, der am unteren Rand verdient und der sich überlegen muss, ob er heizt oder sich etwas zu essen kauft, und der sich von Politikern den zynischen Hinweis gefallen lassen muss, er könne sich ja zwei warme Pullover anziehen?

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* bezeichnet diese Pläne zu einem fünften Vizepräsidenten als ein verheerendes politisches Signal.

Meine Damen und Herren, die HAZ hat recht. Ich glaube, so sollten wir die neue Legislatur nicht beginnen. Wir sollten hier Politik für das Land machen und nicht auf Kosten des Landes. Unser Antrag macht dies möglich. Ich bitte daher um Ihre Unterstützung für diesen Antrag. Ich appelliere dabei auch an Ihren gesunden Menschenverstand, an Ihr Verantwortungsgefühl und an Ihren Respekt vor den Menschen, denen es zunehmend schlechter geht.

Dieser Antrag enthält auch eine Regelung, die die Verteilung der Vizepräsidentschaften auf die Fraktionen neu fassen soll: bis zu vier Vizepräsidenten, und die größten vier Fraktionen stellen je einen. Mit einer solchen Regelung hätte auch das unwürdige

Gezerre um Vizepräsidentenposten zwischen den Fraktionen endlich ein Ende; denn der Ausgangspunkt für Ihre abgehobene Idee eines fünften Vizepräsidenten war genau dieses Gezerre.

Ich bitte um sofortige Abstimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Hanna Naber:

Der Abgeordnete Wiard Siebels für die SPD-Fraktion.

Wiard Siebels (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich mich herzlich bedanken, dass die Geschäftsordnung heute in Kraft gesetzt worden ist; denn damit haben wir jetzt die Geschäftsgrundlage, auf der wir die Diskussionen und auch das weitere Verfahren miteinander klären können. Ich meine, dass das richtig ist. Deshalb weise ich den Vorwurf, dieses Haus sei nicht willens, sich selbst eine Geschäftsordnung zu geben, an dieser Stelle ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Herr Wichmann, ich will an dieser Stelle nicht inhaltlich in aller Tiefe auf Ihren Wortbeitrag zur Zahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten eingehen. Aber das, was Sie als Kritik geäußert haben, müsste ehrlicher Weise, wenn man es konsequent zu Ende denkt, auch für die Zahl von vier Vizepräsidentinnen und -präsidenten gelten. Im Übrigen habe ich vernommen, dass Sie sich selbst als Kandidat für eines dieser Ämter zur Verfügung stellen. So schlimm, meine ich, könnte es an der Stelle dann vielleicht nicht sein.

Jetzt will ich etwas zu Ihrem Antrag sagen.

Der Antrag ist nicht der einzige Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung, der uns in den nächsten Tagen und Wochen beschäftigen wird; denn schon mit Ablauf der vergangenen Legislaturperiode hat es einen Änderungsbedarf bezüglich der bisherigen Geschäftsordnung gegeben.

Ich nenne drei Beispiele: erstens die Gleichstellung der elektronischen Datenübermittlung, die in unsere Geschäftsordnung nach Jahren so langsam ordnungsgemäß Eingang finden sollte. Zweitens die dauerhafte Etablierung von Videokonferenzen. Sie wissen, dass dies in der Vergangenheit eine vo-

rübergehende, an die Corona-Pandemie gekoppelte Regelung war. Dann, drittens, hätten wir - das sage ich speziell für meine Fraktion - gerne eine ausdrückliche Regelung zum barrierefreien Abstimmen. Es ist uns wichtig, dass wir dies regeln. Und ja, auch die Zahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten soll diskutiert werden.

Für alles das sieht unsere Geschäftsordnung, die wir soeben mit Mehrheit in Kraft gesetzt haben, ein ordnungsgemäßes Verfahren vor. Dort heißt es in § 29, dass die zweite Beratung, in der dann nämlich abgestimmt wird, direkt angeschlossen werden kann, wenn nicht eine Fraktion oder zehn Mitglieder des Landtages widersprechen.

Meine Fraktion widerspricht der sofortigen Abstimmung ganz ausdrücklich, weil sie alle die Änderungen, die ich gerade genannt habe, ganz ordnungsgemäß - wie das an jeder Stelle bisher auch von Ihnen immer gefordert worden ist - im zuständigen Fachausschuss diskutieren will. Das ist in diesem Fall der Ältestenrat. Dieser wird sich noch am heutigen Tage konstituieren.

Dann werden wir selbstverständlich alle Änderungsanträge - auch den der AfD-Fraktion, vielleicht gibt es sogar noch weitere von Ihnen - zur zweiten Beratung in der kommenden Landtagssitzung entsprechend aufrufen und natürlich auch darüber abstimmen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Hanna Naber:

Danke schön, Herr Siebels. - Frau Hermann für die CDU-Fraktion!

Carina Hermann (CDU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bekanntermaßen hat die SPD-Fraktion am 3. November in Übereinstimmung mit den Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen darum gebeten, die Tagesordnungspunkte 10 und 11 entfallen zu lassen und die Wahl des Präsidiums in einer späteren Sitzung vorzunehmen.

Wie auch Sie von der AfD-Fraktion wissen, ist Hintergrund dieses Vorgehen, dass die antragstellenden Fraktionen beabsichtigen, die Geschäftsordnung in verschiedenen Punkten zu ändern. Es ist schon angesprochen worden: Die Digitalisierung des Parlamentsbetriebs ist u. a. ein Punkt, der auch der CDU-Fraktion besonders wichtig ist. Auch, aber

nicht nur in Bezug auf die Zusammensetzung des Präsidiums, worauf sich auch Ihr gestern Abend vorgelegter Antrag bezieht, sind also Änderungen vorgesehen.

Wir halten es für mehr als sachgerecht, die Änderungen der Geschäftsordnung in einem ordentlichen Verfahren durchzuführen und zunächst eine Befassung im neu zu bildenden Ältestenrat vorzusehen. Dadurch stellen wir sicher, dass inhaltlich über die angestrebten Änderungen intensiv diskutiert werden kann.

Sehr geehrter Herr Wichmann, auch Sie und Ihre Fraktion sind herzlich eingeladen, sich an diesem jetzt regulären Willensbildungsprozess des Parlamentes zu beteiligen. Da die Wahl des gesamten Landtagspräsidiums in diesem ersten Plenarabschnitt nicht mehr auf der Tagesordnung steht, gibt es aus unserer Sicht auch keinen dringenden Anlass, heute inhaltlich über Ihren Antrag zu entscheiden. Die Überweisung Ihres Antrages in den Ältestenrat ist deshalb der richtige und reguläre parlamentarische Weg.

Vor diesem Hintergrund beantrage ich für die CDU-Fraktion eine Überweisung des Antrages der AfD in den Ältestenrat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Herr Wichmann, für solche Änderungen gelten nach § 100 Abs. 1 der gerade als fortgeltend beschlossenen Geschäftsordnung die Vorschriften über Gesetzentwürfe entsprechend. Nach § 27 Abs. 1 der Geschäftsordnung kann der Landtag einen Gesetzentwurf am Ende der ersten Beratung an einen Ausschuss überweisen. Eine Überweisung an einen Ausschuss gilt dann als beschlossen, wenn mindestens 20 Mitglieder des Landtages dafür stimmen.

Durch die Äußerungen seitens der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion ist das erforderliche Quorum von 20 Mitgliedern des Landtages mehr als erreicht. Der Landtag hat sich somit für eine Ausschussüberweisung ausgesprochen. Es ist somit die Entscheidung getroffen worden, den Antrag einem Ausschuss zuzuweisen.

Ich schlage wie die Vorrednerin und Vorredner vor, den Antrag an den Ältestenrat zu überweisen, der für uns die Aufgaben eines Geschäftsausschusses wahrnimmt. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den oder die bitte ich jetzt um ein

Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung an den Ältestenrat überwiesen.

Ich danke Ihnen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 9:

Mitteilungen über die Bildung der Fraktionen
(§ 2 GO LT)

Nach § 2 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages können sich Mitglieder des Landtages, die der gleichen Partei angehören, zu Fraktionen zusammenschließen. Ich teile Ihnen mit, dass sich nach den mir vorliegenden Mitteilungen im Landtag der 19. Wahlperiode vier Fraktionen konstituiert haben.

(Unruhe bei der AfD)

- Ich hoffe, dies interessiert auch die Kollegen der AfD-Fraktion. Harm Rykena beispielsweise, es wäre schön, wenn Sie mir Ihre Aufmerksamkeit schenken könnten.

Folgende vier Fraktionen haben sich konstituiert: die Fraktion der SPD mit 57 Mitgliedern, die Fraktion der CDU mit 47 Mitgliedern, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 24 Mitgliedern, die Fraktion der AfD mit 18 Mitgliedern.

Nun rufe ich auf den

Tagesordnungspunkt 10:

Wahl der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten (Artikel 29 Abs. 1 NV)

Nach Artikel 33 Abs. 2 und 3 der Niedersächsischen Verfassung gelten der Ministerpräsident und mit ihm die Landesregierung als zurückgetreten, sobald ein neu gewählter Landtag zusammentritt. Das ist heute der Fall. Es ist daher eine neue Landesregierung zu bilden.

Bevor wir zur Neubildung der Regierung kommen, möchte ich dem Herrn Ministerpräsidenten der zurückliegenden Wahlperiode und seiner gesamten Landesregierung für die in der vergangenen - ganz besonderen - Wahlperiode geleistete Arbeit den Dank des gesamten Hauses aussprechen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wir kommen sodann zur Regierungsbildung und beginnen mit der Wahl des Ministerpräsidenten.

Für die Dauer der Wahlhandlung bitte ich alle Fotografinnen und Fotografen und Kameraleute, sich in den hintersten Bereich des Plenarsaals zurückzuziehen. Alle anderen Personen, die nicht Mitglieder des Landtages sind, bitte ich, den Plenarsaal zu verlassen. Ausgenommen sind die geladenen Gäste, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre der 18. Wahlperiode und die aus dienstlichen Gründen anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung.

Artikel 29 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung lautet:

„Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident wird vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt.“

Erforderlich ist demnach eine absolute Mehrheit der Stimmen.

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 4. November 2022 den Abgeordneten Stephan Weil für die Wahl zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Dieser Wahlvorschlag liegt Ihnen als Drucksache 19/3 vor. Ich frage Sie: Liegen weitere Vorschläge vor? Werden weitere Vorschläge gemacht? - Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Dann geht es jetzt um die Entscheidung über genau diesen Wahlvorschlag. Für die geheime Abstimmung werden Stimmzettel ausgegeben. Wer den Abgeordneten Stephan Weil zum Ministerpräsidenten wählen will, kreuzt „Ja“ an, wer ihn nicht wählen will, kreuzt „Nein“ an, wer sich der Stimme enthalten will, kreuzt „Enthaltung“ an.

Ich mache darauf aufmerksam, dass bei der Ermittlung der nach Artikel 29 der Niedersächsischen Verfassung erforderlichen Mehrheit Enthaltungen die gleiche Wirkung haben wie Neinstimmen.

Die Mitglieder des Landtages werden von Herrn Leddin als Mitglied des vorläufigen Sitzungsvorstandes nach dem Alphabet aufgerufen.

Die Stimmzettel werden an der Bank der Landtagsverwaltung auf meiner rechten Seite sowie an der Bank der Staatskanzlei auf meiner linken Seite ausgegeben.

Ich bitte die Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auf der von mir aus gesehen linken Seite des Raumes zu wählen. Die Mitglieder der Fraktionen der CDU und der AfD

bitte ich, auf der von mir aus gesehen rechten Seite des Raumes zu wählen. Sie erhalten jeweils auf der genannten Seite Ihren Stimmzettel. Bitte gehen Sie dann mit dem gebotenen Abstand zu der auf dieser Seite aufgestellten Wahlkabine.

Nach Ihrer Wahl in der Wahlkabine falten Sie bitte den Stimmzettel und gehen auf Ihrer Seite des Raumes hinter der Trennwand und dann über die seitlichen Rampen zu den Wahlurnen, die auf dem Stenografentisch stehen, sodass wir quasi zwei Einbahnstraßen benutzen. Das kennen wir noch aus Pandemiezeiten. Am Stenografentisch werfen Sie den Stimmzettel in die auf Ihrer Seite stehende Wahlurne.

(Unruhe)

- Ich bitte um Aufmerksamkeit. Jetzt kommt ein wirklich wichtiger Punkt.

Ich bitte alle Mitglieder des Landtages, darauf zu achten, dass das Kreuz auf dem Stimmzettel korrekt angebracht wird, sodass keine Zweifel über die Gültigkeit Ihrer Stimme entstehen können. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig.

Es ist daher auch nur mit den in den Wahlkabinen bereitliegenden Stiften die Stimme abzugeben. Die Stimme ist also nur dann gültig, wenn man den Stift aus der Wahlkabine benutzt. Die Verwendung eines anderen Schreibgerätes ist als unzulässige Kennzeichnung anzusehen, die zur Ungültigkeit des Stimmzettels führt.

Ich bitte Sie, bis zum Aufruf Ihres Namens auf Ihren Plätzen sitzen zu bleiben und nach Abgabe Ihrer Stimme ohne unnötiges Umhergehen wieder Platz zu nehmen.

Wir kommen zur Wahl.

Ich bitte Frau Hillberg als Mitglied des vorläufigen Sitzungsvorstandes zu den Wahlurnen. Frau Hillberg, bitte überzeugen Sie sich davon, dass die Wahlurnen leer sind.

(Schriftführerin Antonia Hillberg blickt in die Wahlurnen und hält sie schräg in Richtung anderer Abgeordneter - Heiterkeit - Ulf Thiele [CDU]: Abgenommen! - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Vielen Dank!)

Frau Hillberg und das ganze Parlament konnten sich davon überzeugen und feststellen, dass die Wahlurnen leer sind.

Bevor wir mit dem Namensaufruf beginnen, möchte ich noch darauf hinweisen, dass der vorläufige Sitzungsvorstand seine Stimmen im Anschluss an den Namensaufruf abgeben wird.

Ich bitte um Ruhe, damit jeder im Saal dem Namensaufruf folgen kann.

Wir beginnen mit dem Namensaufruf.

(Schriftführer Pascal Leddin verliest die Namen der Abgeordneten:

Dr. Bernd Althusmann (CDU)
Matthias Arends (SPD)
Brian Baatzsch (SPD)
Volker Bajus (GRÜNE)
Jan Bauer (CDU)
Anna Bauseneick (CDU)
Jan-Philipp Beck (SPD)
Sina Marie Beckmann (GRÜNE)
Vanessa Behrendt (AfD)
Nico Bloem (SPD)
André Bock (CDU)
Veronika Bode (CDU)
Marcus Bosse (SPD)
Stephan Bothe (AfD)
Christoph Bratmann (SPD)
Markus Brinkmann (SPD)
Jens-Christoph Brockmann (AfD)
Saskia Buschmann (CDU)
Birgit Butter (CDU)
Christian Calderone (CDU)
Evrin Camuz (GRÜNE)
Stephan Christ (GRÜNE)
Alfred Dannenberg (AfD)
Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
Djenabou Diallo-Hartmann (GRÜNE)
Jörn Domeier (SPD)
Uwe Dorendorf (CDU)
Oliver Ebken (SPD)
Christoph Eilers (CDU)
Karin Emken (SPD)
Lara Evers (CDU)
Christian Frölich (CDU)
Christian Fühner (CDU)
Marten Gäde (SPD)
Immacolata Glosemeyer (SPD)
Constantin Grosch (SPD)
Thore Güldner (SPD)
Julia Willie Hamburg (GRÜNE)
Thordies Hanisch (SPD)
Gerald Heere (GRÜNE)
Frank Henning (SPD)
Carina Hermann (CDU)
Reinhold Hilbers (CDU)

Antonia Hillberg (SPD)
Jörg Hillmer (CDU)
Dr. Andreas Hoffmann (GRÜNE)
Eike Holsten (CDU)
Laura Hopmann (CDU)
Gerd Hujahn (SPD)
André Hüttemeyer (CDU)
Dennis Jahn (AfD)
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)
Katharina Jensen (CDU)
Verena Kämmerling (CDU)
Rüdiger Kauroff (SPD)
Delia Klages (AfD)
Stefan Klein (SPD)
Marie Kollenrott (GRÜNE)
René Kopka (SPD)
Holger Kühnlenz (AfD)
Anne Kura (GRÜNE)
Deniz Kurku (SPD)
Corinna Lange (SPD)
Kirsikka Lansmann (SPD)
Sebastian Lechner (CDU)
Pascal Leddin (GRÜNE)
Dr. Silke Lesemann (SPD)
Dr. Dörte Liebetruth (SPD)
Olaf Lies (SPD)
Peer Lilienthal (AfD)
Karin Logemann (SPD)
Oliver Lottke (SPD)
Michael Lühmann (GRÜNE)
Cindy Lutz (CDU)
Martina Machulla (CDU)
Stefan Marzischewski-Drewes (AfD)
Pascal Mennen (GRÜNE)
Björn Meyer (SPD)
Christian Meyer (GRÜNE)
Dr. Tanja Meyer (GRÜNE)
Volker Meyer (CDU)
Philipp Meyn (SPD)
Axel Miesner (CDU)
Dr. Marco Mohrmann (CDU)
Hartmut Moorkamp (CDU)
Thorsten Moriße (AfD)
Hanna Naber (SPD)
Jens Nacke (CDU)
Omid Najafi (AfD)
Lena Nzume (GRÜNE)
Wiebke Osigus (SPD)
Barbara Otte-Kinast (CDU)
Jürgen Pastewsky (AfD)
Sebastian Penno (SPD)
Boris Pistorius (SPD)
Christoph Plett (CDU)
Jonas Pohlmann (CDU)

Stefan Politze (SPD)
Guido Pott (SPD)
Ulf Prange (SPD)
Andrea Prell (SPD)
Marcel Queckemeyer (AfD)
Dr. Jozef Rakicky (AfD)
Sophie Ramdor (CDU)
Philipp Raulfs (SPD)
Melanie Reinecke (CDU)
Lukas Reinken (CDU)
Julia Retzlaff (SPD)
Harm Rykena (AfD)
Alexander Saade (SPD)
Heiko Sachtleben (GRÜNE)
Marcel Scharrelmann (CDU)
Swantje Schendel (GRÜNE)
Jörn Schepelmann (CDU)
Ansgar Georg Schledde (AfD)
Dr. Frank Schmädeke (CDU) entsch.
Julius Schneider (SPD)
Pippa Schneider (GRÜNE)
Jan Schröder (SPD)
Doris Schröder-Köpf (SPD)
Jessica Schülke (AfD)
Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE)
Uwe Schünemann (CDU)
Claudia Schüßler (SPD)
Annette Schütze (SPD)
Claus Seebeck (CDU)
Wiard Siebels (SPD)
Miriam Staudte (GRÜNE)
Ulf Thiele (CDU)
Colette Thiemann (CDU)
Dr. h. c. Björn Thümler (CDU)
Sabine Tippelt (SPD)
Dirk Toepffer (CDU)
Grant Hendrik Tonne (SPD)
Dennis True (SPD)
Thomas Uhlen (CDU)
Eva Viehoff (GRÜNE)
Ulrich Watermann (SPD)
Stephan Weil (SPD)
Nadja Weippert (GRÜNE)
Dr. Thela Wernstedt (SPD)
Klaus Wichmann (AfD)
Alexander Wille (CDU)
Christoph Willeke (SPD)
Tim Julian Wook (SPD)
Sebastian Zinke (SPD)

Wir fahren fort. Befindet sich ein Mitglied des Landtages im Saal, das noch nicht aufgerufen wurde oder noch nicht gewählt hat? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Wahl.

Ich bitte Frau Hillberg und Herrn Leddin als beim Wahlvorgang beteiligte Mitglieder des vorläufigen Sitzungsvorstandes um Unterstützung beim Auszählen der Stimmen und bitte alle Mitglieder des Landtages, auf ihren Plätzen zu bleiben und sich einen Moment zu gedulden. Das Ergebnis der Auszählung wird sogleich vorliegen.

Ich unterbreche ganz kurz die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung von
12.42 Uhr bis 12.52 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Es liegt ein Ergebnis vor. Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis: Es wurden 145 Stimmzettel abgegeben. Davon waren null ungültig. Das heißt, 145 Stimmzettel waren gültig.

Wie bereits erwähnt, wird die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt. Die Mehrheit der gesetzlichen Zahl von 146 Mitgliedern des Landtages beträgt 74.

Es wurden für Herrn Stephan Weil abgegeben: 82 Stimmen.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Stephan Weil [SPD] nimmt Glückwünsche aus allen Fraktionen entgegen)

Zur Information für die geneigten Interessierten: Die Zahl der Neinstimmen beträgt 63, die Zahl der Enthaltungen beläuft sich auf null.

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Stephan Weil (SPD):

Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Damit sind Sie, Herr Stephan Weil, zum Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen gewählt. Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit viel Glück und Erfolg.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sodann geht es unter Tagesordnungspunkt 11 gleich an die Arbeit:

Tagesordnungspunkt 11:

Mitteilung des Ministerpräsidenten über die Berufung der Mitglieder der Landesregierung (Artikel 29 Abs. 2 NV)

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident, ob Sie bereit sind, dem Landtag jetzt Ihr Kabinett vorzustellen.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal bedanke ich mich sehr herzlich für das Vertrauen.

Nachdem Sie mich zum Ministerpräsidenten gewählt haben, berufe ich gemäß Artikel 29 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zu Mitgliedern der Landesregierung: Frau Julia Willie Hamburg als Kultusministerin - sie bestimme ich gleichzeitig zu meiner Stellvertreterin - ,

(Beifall bei der SPD - starker Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Daniela Behrens als Sozialministerin, Herrn Gerald Heere als Finanzminister, Herrn Olaf Lies als Wirtschaftsminister, Herrn Christian Meyer als Umweltminister, Herrn Falko Mohrs als Wissenschaftsminister, Frau Wiebke Osigus als Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Herrn Boris Pistorius als Innenminister, Frau Miriam Staudte als Landwirtschaftsministerin und Frau Dr. Kathrin Wahlmann als Justizministerin.

Ich bitte das Hohe Haus, die Landesregierung gemäß Artikel 29 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung zu bestätigen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Ihrer Bitte folgend, rufe ich auf den

Tagesordnungspunkt 12:

Bestätigung der Landesregierung (Artikel 29 Abs. 3 NV)

Nach Artikel 29 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung bedarf die Landesregierung zur Amtsübernahme der Bestätigung durch den Landtag. Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer die Landesregierung in der Besetzung, wie sie der Herr Ministerpräsident soeben mitgeteilt hat, bestätigen will, den oder die bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich habe hier noch eine digital übertragene Stimme mit einzubeziehen und stelle fest, dass die Landesregierung die erforderliche Bestätigung mit der erforderlichen Mehrheit erhalten hat. Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir setzen die Sitzung um 15.30 Uhr fort. Wir haben also eine zweieinhalbstündige Mittagspause. Es folgt die Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung.

Wie Sie wissen - das ist sicherlich eine nicht uninteressante Information -, findet jetzt in der Portikushalle der Empfang statt, zu dem meine Amtsvorgängerin, Frau Dr. Andretta, eingeladen hat.

Ich beende hiermit die Vormittagssitzung. Um 15.30 Uhr geht es weiter.

(Unterbrechung der Sitzung von 13.00 Uhr bis 15.31 Uhr)

Präsidentin Hanna Naber:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren mit der Sitzung fort und kommen zum

Tagesordnungspunkt 13:

Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung (Artikel 31 NV)

Ich bitte noch einmal die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, während des Vorgangs nicht herumzulaufen, sondern sich in den seitlichen Bereichen des Plenarsaals fernab der Logen aufzuhalten.

Nach Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung haben der Ministerpräsident und die Ministerinnen und Minister vor dem Landtag ein Bekenntnis abzugeben und einen Eid zu leisten.

Das Bekenntnis und die Eidesformel lauten wie folgt:

„Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokrati-

schen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.“

Der Eid kann mit der oder ohne die Beteuerung „So wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.

Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten und die Ministerinnen und Minister, nach vorne zu kommen und sich links des Rednerpults und vor der Bank der Landesregierung aufzustellen. Von dort aus werde ich Sie einzeln zu mir bitten - ich werde links neben dem Rednerpult stehen -, um nacheinander das Bekenntnis und die Eidesformel zu sprechen. Danach stellen Sie sich bitte wieder zu Ihren Kabinettskolleginnen und -kollegen.

Alle Anwesenden bitte ich, sich, soweit möglich, von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Herr Ministerpräsident Stephan Weil, ich bitte Sie herzlich, das Bekenntnis und die Eidesformel vor dem Landtag zu sprechen.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Herzlichen Dank. - Ich bitte die Kultusministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin, Julia Willie Hamburg, zu mir.

Julia Willie Hamburg, Kultusministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre,

dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsidentin Hanna Naber:

Herzlichen Dank. - Ich bitte den Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, zu mir.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank. - Ich bitte den Herrn Finanzminister, Gerald Heere, zu mir.

Gerald Heere, Finanzminister:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank. - Zu mir kommen möge bitte die Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, Daniela Behrens.

Daniela Behrens, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung

sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde.

Präsidentin Hanna Naber:

Herzlichen Dank. - Ich bitte den Minister für Wissenschaft und Kultur, Falko Mohrs, nach vorne zu kommen.

Falko Mohrs, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank. - Zu mir möge sich bitte der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung, Olaf Lies, bewegen.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank. - Ich bitte die Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Miriam Staudte, zu mir.

Miriam Staudte, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre,

dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Herzlichen Dank. - Zu mir kommt bitte die Justizministerin, Dr. Kathrin Wahlmann.

Dr. Kathrin Wahlmann, Justizministerin:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Danke schön. - Ich bitte den Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Christian Meyer, zu mir.

Christian Meyer, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozialen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Vielen Dank. - Und ich bitte die Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Wiebke Osigus, zu mir.

Wiebke Osigus, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung:

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen eines freiheitlichen, republikanischen, demokratischen, sozi-

alen und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichteten Rechtsstaates. Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Volke und dem Lande widmen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsidentin Hanna Naber:

Herzlichen Dank. - Ich danke Ihnen allen.

Damit ist die neue Landesregierung verfassungsgemäß gebildet.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Beifall bei der CDU und bei der AfD)

So, die Regierungsbänke sind gefüllt. Die Transformation der Sitzordnung hat stattgefunden.

Insofern gelangen wir sodann zum

Tagesordnungspunkt 14:

Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten

Ich bitte Herrn Ministerpräsidenten Weil herzlich, seine Regierungserklärung abzugeben. Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lassen Sie mich eingangs - auch im Namen aller übrigen Kabinettsmitglieder - sehr herzlich danken für das Vertrauen, das Sie mit der Wahl des Ministerpräsidenten und der Bestätigung des Kabinetts zum Ausdruck gebracht haben. Wir alle wollen hart dafür arbeiten, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Und umgekehrt gratuliere ich Ihnen allen herzlich zu Ihrer Wahl. Nur gemeinsam - Landtag und Landesregierung - werden wir als Land in den nächsten Jahren die aktuellen Krisen überwinden und nachhaltig Erfolg haben können.

Mit welchen Gefühlen gehen wir an diese Arbeit? Nun, wenn wir auf die aktuelle Situation blicken, dann wird allen Mitgliedern des Landtages von Anfang an bewusst sein, dass vor allem eine Phase der Herausforderungen vor uns liegt. Es ist aber auch eine Phase der Weichenstellungen, mit denen sich entscheidet, ob wir in Niedersachsen für die Zukunft gut gerüstet sind. Und es ist eine Zeit, die viele

Bürgerinnen und Bürger verunsichert, in der sie nach Orientierung suchen und nach Sicherheit.

Vor dem Hintergrund der Sorgen und Verunsicherungen vieler Bürgerinnen und Bürger war das Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahlen am 9. Oktober alles andere als selbstverständlich. Eine überwältigende Mehrheit der abgegebenen Stimmen haben Parteien erhalten, die sich ohne Wenn und Aber zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung unserer Verfassung bekennen. Andere Wahlen in anderen Teilen der Welt und in Europa und auch die Stimmung in anderen Teilen Deutschlands unterscheiden sich davon spürbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde, das ist ein wirklich gutes Ergebnis dieser Wahlen gewesen, zu dem wir uns gemeinsam bekennen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Wählerinnen und Wähler vertrauen in Niedersachsen nach wie vor unseren Institutionen - zu Recht! Wir haben gerade in den letzten Jahren gesehen, dass unser Staat handlungsfähig ist und dass er Krisen erfolgreich bekämpft. Genau das ist auch unser Anspruch für die nächsten Jahre. Wir haben uns vorgenommen, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zu bestätigen. Das ist der entscheidende Maßstab.

Ich sage das bewusst auch mit Blick auf die zurückliegenden Jahre, in denen Kolleginnen und Kollegen der CDU Teil der Landesregierung gewesen sind. Das waren zum Teil besonders schwierige Zeiten. Ich bedanke mich persönlich sehr herzlich für die Zusammenarbeit, allen voran bei den Kollegen Bernd Althusmann und Dirk Toepffer.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Dieser Dank gilt aber selbstverständlich auch allen anderen Mitgliedern der Landesregierung der vergangenen Legislaturperiode und des Landtags.

An diese Erfahrungen möchte ich gerne anknüpfen, wenngleich, wie wir alle wissen, in einer neuen Verteilung der Rollen. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben vereinbart, eine Regierungskoalition zu bilden. Zugleich wollen wir uns in Anerkennung der sehr unterschiedlichen Rollen im parlamentarischen System um eine gute Zusammenarbeit mit der CDU bemühen. Wir wissen: In entscheidenden Fragen

gibt es deutlich mehr Verbindendes als Trennendes. Und diese Gemeinsamkeiten wollen wir pflegen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, „Sicher in Zeiten des Wandels“ - so lautet die Überschrift der Koalitionsvereinbarung, die dieser Regierungsbildung zugrunde liegt. „Sicher in Zeiten des Wandels“ - das spricht zwei Gesichtspunkte an, die für die nächsten Jahre entscheidend sein werden.

Ja, wir befinden uns in Zeiten des Wandels und der Herausforderungen. Aber wir wollen diesen Wandel, diese Herausforderungen aktiv angehen. Wir haben es selbst in der Hand. Wir wollen den Wandel gestalten und nicht warten, was passiert. Wir stehen für einen aktiven Staat, der Verantwortung übernimmt und handelt. Das ist das Selbstverständnis dieser Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für den Erfolg dieser Bemühungen gibt es eine entscheidende Voraussetzung: Die Bürgerinnen und Bürger sollen sicher sein, und sie sollen sich auch sicher fühlen. Genau darum geht es uns. Das gilt für Sicherheit vor Straftaten und im öffentlichen Raum, die von unserer Polizei sehr erfolgreich geschützt wird.

Aber Sicherheit geht noch darüber hinaus. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, dass der Staat an ihrer Seite steht, dass unsere Gesellschaft solidarisch zusammenhält. Wenn das gelingt, dann hat Niedersachsen eine gute Zukunft. Davon bin ich überzeugt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, natürlich muss aktuell die Bekämpfung der akuten Krisen im Vordergrund stehen. Viele davon sind ganz unmittelbar auf den Überfall Russlands auf die Ukraine zurückzuführen, der seit dem 24. Februar 2022 auch in unserem Land zu massiven Veränderungen geführt hat.

Eines ist mir dabei besonders wichtig: Verwechseln wir nicht Ursache und Wirkung! Die Schuld für das Elend in der Ukraine und die Probleme bei uns in Deutschland trägt der russische Präsident Putin und niemand sonst, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wir werden die daraus resultierenden Probleme offensiv angehen. Deutschland wird unabhängig von russischem Erdgas. In dieser Hinsicht hat die Bundesregierung in den vergangenen Monaten schon bemerkenswerte Fortschritte erzielt. So muss es weitergehen. Und dabei hat Niedersachsen eine ganz besonders wichtige Rolle.

In Stade und in Wilhelmshaven schaffen wir die Voraussetzungen für Flüssiggas-Terminals. In einer für sonstige Verhältnisse beispiellosen Geschwindigkeit soll es noch in diesem Jahr in Wilhelmshaven losgehen. Das ist einer unserer Beiträge für die Versorgungssicherheit - nicht nur in Niedersachsen, sondern in ganz Deutschland. Und da wollen wir gern unsere Verantwortung übernehmen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich füge hinzu: Es ist zugleich ein Beitrag für den Klimaschutz. In Zukunft soll immer mehr klimaneutraler Wasserstoff über Wilhelmshaven und Stade vor allem auch unsere Industrieunternehmen in Niedersachsen mit Energie versorgen. Das ist der richtige Weg, aus der Krise heraus Fortschritt zu schaffen. Und ich füge hinzu: Atomkraft und Fracking sind für uns in Niedersachsen dafür keine Antwort.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Energiepreise machen vielen Bürgerinnen und Bürgern Angst, und viele Unternehmen stellen sie vor Existenzfragen. Der Energiepreisdeckel des Bundes, der am Jahresanfang kommt, ist deswegen von eminenter Bedeutung.

Wir werden diese Anstrengungen als Land wirksam ergänzen. Noch in diesem Monat werden wir den Entwurf für einen Nachtragshaushalt vorlegen, mit dem wir ein Sofortprogramm in Höhe von etwa 1 Milliarde Euro vorschlagen - genau so, wie im Wahlkampf angekündigt. Wir denken dabei an Bürgerinnen und Bürger, die besonders hart betroffen sind, an kleinere und mittlere Unternehmen, die sofort Unterstützung benötigen. Wir wenden uns an Kultureinrichtungen und Sportvereine und die soziale Infrastruktur; viele Einrichtungen dort wissen derzeit nicht, wie sie alleine weiterkommen sollen. Und wir unterstützen die Kommunen in vielen Bereichen.

Der Bund plant einen Härtefallfonds über 12 Milliarden Euro. Für Niedersachsen satteln wir mit unserem Sofortprogramm noch einen erheblichen Betrag drauf.

Damit ist ein ganz klares Signal verbunden. Das ist es, was ich meine, wenn ich sage: Gerade jetzt, in dieser Situation, steht das Land Niedersachsen an der Seite seiner Bürgerinnen und Bürger, an der Seite unserer Gesellschaft. Auch das ist Teil unseres Selbstverständnisses.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Energiekrise ist leider nicht die einzige Herausforderung, mit der wir es aktuell zu tun haben.

In der kalten Jahreszeit werden die Corona-Infektionen wieder deutlich zunehmen; das scheint sicher. Die Menschen in Niedersachsen sind überdurchschnittlich gut geimpft. Unser Gesundheitswesen ist stark und hat alle bisherigen Herausforderungen gut bewältigen können. Deswegen sind derzeit aus unserer Sicht weitere Schutzmaßnahmen nicht geboten.

Ich sage aber auch ausdrücklich: Wenn es die Situation erfordert, wird die Landesregierung nicht zögern, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Gesundheit und das Leben vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger zu schützen. So wenig wie möglich, so viel wie nötig - das war und das bleibt die Maxime der niedersächsischen Corona-Politik.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und dann gibt es noch ein Thema, das uns aktuell sehr umtreibt. Infolge des russischen Angriffskrieges haben in den letzten Monaten über 100 000 Menschen aus der Ukraine in Niedersachsen Zuflucht gesucht. Angesichts des gezielten Bombardements Russlands gegen die Zivilbevölkerung, vor allem auch gegen die Energie- und die Wasserversorgung, müssen wir mit noch sehr viel mehr Menschen rechnen, die in der kalten Jahreszeit bei uns Zuflucht suchen. Dazu kommen noch viele Tausend Menschen aus anderen Krisengebieten, die auch kurzfristig zu versorgen sind.

Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei den niedersächsischen Kommunen bedanken, die mit allergrößtem Engagement daran arbeiten, geflüchteten Menschen ein Dach über dem Kopf und eine warme Mahlzeit jetzt und in den nächsten Monaten garantieren zu können. Wir als Landesregierung werden diese Bemühungen der Kommunen tatkräftig unterstützen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden uns auch selbst stark engagieren und unsere UnterkunftsKapazitäten noch einmal wesentlich erweitern.

Ich möchte allen Bürgerinnen und Bürgern und vor allen Dingen wieder einmal den Angehörigen der Hilfsorganisationen, die wieder durch ihre Arbeit helfen, mit einer schwierigen Situation klarzukommen, sehr herzlich danken. Das ist jetzt notwendig, aber darin dürfen wir auch für die nächsten Monate nicht nachlassen. Auch das muss uns allen bewusst sein.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist nun wirklich eine ganze Kette von schwierigen Themen, die sich derzeit alle gleichzeitig stellen. Und darüber schwebt dann noch ein Thema, das uns nicht nur aktuell, sondern auf Dauer, jahrzehntelang, beschäftigen muss. Die Rede ist natürlich von der Klimakrise, die Rede ist vom Klimaschutz, zu dem es überhaupt keine Alternative gibt - wie übrigens jetzt gerade wieder die Diskussionen auf der Weltklimakonferenz in Ägypten beweisen. Für uns als Landesregierung handelt es sich dabei um ein Querschnittsthema, das auf die eine oder andere Weise alle Ressorts betrifft.

Wir wollen bis 2040 die Klimaneutralität in Niedersachsen erreichen und damit fünf Jahre früher als bisher im Klimagesetz vorgesehen. In zwei Zwischenschritten wollen wir die Treibhausgasemissionen reduzieren: bis 2030 um 75 %, bis 2035 um 90 %. Das sind sehr anspruchsvolle Ziele; dessen sind wir uns bewusst. Es wird nicht gehen ohne einen massiven Ausbau von erneuerbaren Energien in Niedersachsen. Das gilt für die Windenergie an Land und auf See, das gilt für Photovoltaik, das gilt auch für die Nutzung von Bioenergie.

Wer den schnellen Ausbau will, der muss - auch das muss deutlich gesagt sein - die Verfahren wesentlich schneller und einfacher machen. Wir unterstützen die Anstrengungen der Bundesregierung in dieser Hinsicht und werden alle Möglichkeiten der Beschleunigung bei uns im Land konsequent nutzen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dazu gehört auch ein Vorrang für den Ausbau von Energieinfrastruktur, insbesondere den Netzausbau.

Erneuerbare Energien benötigen aber auch Akzeptanz vor Ort. Wir werden deswegen für eine finanzielle Beteiligung der Standortkommunen am wirtschaftlichen Erfolg bei ihnen sorgen, damit der konkrete Nutzen von erneuerbaren Energien auch ganz konkret sichtbar wird.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Energiepolitik ist ein wichtiger, aber beileibe nicht der einzige Baustein unserer Klimaschutzstrategie.

Rund 70 % der bundesweiten Hochmoore liegen in Niedersachsen. Entwässerte Moore verursachen aktuell etwa 20 % unserer Emissionen. Ein ambitionierter Moorbodenschutz ist damit unverzichtbar für einen wirksamen Klimaschutz in unserem Land. Wir wollen diese Zukunftsaufgabe im Dialog, nach dem Vorbild des „Niedersächsischen Wegs“, gemeinsam mit den Kommunen, mit der Landwirtschaft, mit dem Naturschutz und mit der Wasserwirtschaft angehen. Das ist ein schwieriges Thema, das wir aber bewältigen müssen.

Im Bereich des Verkehrs wollen wir den Radverkehr und den Nahverkehr, insbesondere die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, attraktiver machen. Es ist sehr gut, dass das 49-Euro-Ticket im nächsten Jahr kommt. In einem wichtigen Bereich wollen wir aber noch darüber hinausgehen und für Schülerinnen und für Schüler, für Auszubildende und für Freiwilligendienstleistende ein 29-Euro-Ticket anbieten. Auch das ist wichtig.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In zwei Modellregionen wollen wir erproben, ob sich eine Mobilitätsgarantie im ländlichen Raum erfolgreich einführen lässt. Und wir legen ein besonderes Augenmerk auf die Etablierung von Rufbussen, die gerade im ländlichen Raum den ÖPNV wesentlich attraktiver machen können.

Und schließlich: Die Transformation in Richtung Klimaneutralität ist eine enorme Herausforderung für unsere Wirtschaft, insbesondere für die Industrie. Die Landesregierung wird die darauf gerichteten Bemühungen der Unternehmen aktiv unterstützen. Wir werden über die NBank einen Transformationsfonds auflegen, um ganz konkrete Unterstützung zu leisten.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will hinzufügen: Es geht dabei nicht nur um Geld. Niedersachsen ist bundesweit Vorreiter mit den Projekten der kleinen und der großen Transformationslotsen. Das soll selbstverständlich auch so bleiben. Deswegen werden wir dieses Angebot gemeinsam mit den Sozialpartnern weiter ausrollen.

Auch die Landwirtschaft steht in einem außerordentlich anspruchsvollen Veränderungsprozess. Dabei kennen wir sehr wohl die Situation der Branche. Die Landwirtschaft befindet sich aktuell in einer besonders schwierigen Sandwich-Situation.

Einerseits gibt es erhebliche gesellschaftliche Anforderungen, wie sie sich etwa im Klimaschutz oder im Tierschutz ausdrücken. Andererseits können die Landwirte sich die Preise ja nicht aussuchen, für die sie ihre Produkte verkaufen. Und Veränderungen kosten nun einmal auch Geld.

Wir wollen deswegen alle Maßnahmen in einem engen Austausch mit der Landwirtschaft entwickeln. Dabei greifen wir zurück auf die guten Erfahrungen der letzten Jahre mit dem „Niedersächsischen Weg“ in Sachen Arten- und Naturschutz. Landwirtinnen und Landwirte brauchen Unterstützung, wenn es um Veränderungen geht, und wir wollen sie dabei nicht alleine lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das sind alles miteinander Themen, mit denen wir Weichen stellen für die Zukunft. Zum Klimaschutz - ich glaube, das ist inzwischen überall klar geworden - gibt es schlichtweg keine Alternative.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber er kann sich gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht als eine große Chance erweisen. Wir wollen den Klimaschutz dafür nutzen, die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich voranzutreiben. Wir wollen Niedersachsen als das Energieland Nr. 1 etablieren und damit unseren Wirtschaftsstandort noch einmal wesentlich stärken.

Niedersachsen ist Windkraftland Nr. 1. Über unsere Häfen werden wir das Tor zur Energiewelt. Wir sind der Energiespeicher für ganz Deutschland. Wir sind führend in der Energieforschung. Wir etablieren uns als Kernland der Wasserstoffwirtschaft und als Zentrum der Offshorebranche.

Und schließlich, meine sehr verehrten Damen und Herren: Unsere Industrieunternehmen gehen voran in Richtung Klimaneutralität. Auch dafür gibt es inzwischen spektakuläre Beispiele, wie etwa den Aufbau einer klimaneutralen Stahlproduktion in Salzgitter.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das alles ist eine große Chance für den Klimaschutz, und es ist eine historische Chance für unser Land. Wir wollen unsere Stärken nutzen, um Zukunftsindustrien anzusiedeln und sichere Arbeitsplätze zu schaffen. Für uns sind Arbeit und Umwelt keine Gegensätze. Für uns sind das zwei Seiten einer Medaille, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich füge hinzu: Wenn wir über Arbeit sprechen, dann meinen wir gute Arbeit. Wir sind für die Stärkung der Tarifbindung, und wir wollen noch konsequenter als bislang öffentliche Aufträge und Zuschüsse an die Tarifbindung und an soziale und ökologische Standards knüpfen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Niedersachsen ist wirtschaftlich stark. Eine starke Wirtschaft - seien es die vielen kleineren und mittleren Unternehmen, seien es die Großunternehmen - schafft die Grundlage für sichere Existenzen, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch für einen aktiven Staat. Dessen sind wir uns bewusst, und dafür wollen wir Beiträge leisten.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, zu den grundlegenden Veränderungen unserer Gesellschaft gehört - das ist wirklich nichts Neues - auch der demografische Wandel, der längst nicht mehr Thema von akademischen Vorträgen ist, sondern die alltägliche Lebenserfahrung in unserem Land. Starke Jahrgänge gehen in den Ruhestand, die nachrückenden jüngeren Jahrgänge sind wesentlich kleiner. Der Fachkräftemangel ist aller Orten und in allen Bereichen spürbar.

Bildung ist natürlich mehr als die Vorbereitung auf das Arbeitsleben, sie ist Grundlage für gesellschaftliche Gerechtigkeit und Teilhabe. Bildung ist aber auch eine besonders wichtige Antwort auf die Fachkräftelücke in unserem Land. Unsere Aufgabe muss vor allem darin bestehen, die Qualität unseres Bil-

dungswesens immer weiter zu verbessern. Im Bereich der frühkindlichen Bildung wollen wir den Stufenplan für eine dritte Kraft in allen Gruppen weiter umsetzen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir konzentrieren uns als Voraussetzung dafür insbesondere auf die weitere Steigerung der Ausbildungszahlen im Erziehungsbereich.

In den allgemeinbildenden Schulen muss es darum gehen, die Unterrichtsversorgung in allen Schulformen und an allen Schulen weiter zu verbessern. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, wie wir alle wissen. Deswegen muss es auch darum gehen, den Schulen kurzfristig wirksame Unterstützung zu ermöglichen, auch durch andere Berufsgruppen als Lehrkräfte.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Notwendig ist aber auch eine Gleichbehandlung aller Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen eine Einstiegsbezahlung nach der Besoldungsgruppe A 13 auch für Lehrkräfte an den Grundschulen, an den Haupt- und Realschulen so schnell wie möglich realisieren.

Das gilt selbstverständlich für alle Lehrkräfte. Aus unserer Sicht ist das eine ganz besonders wichtige Maßnahme.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Schulen sind durch die Pandemie bekanntlich stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Gerade unter diesen schwierigen Bedingungen hat sich allerdings gezeigt, dass mehr pädagogischer Freiraum möglich und auch sinnvoll ist. Diesen Freiraum wollen wir den Schulen bieten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist nicht alles: Eine moderne Schule muss auch digitale Bildung vermitteln. Wir führen Informatik als Pflichtfach ein und beginnen damit, nach und nach die Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen für sogenannten Tablet-Klassen mit den notwendigen Endgeräten auszustatten. Wer einmal eine solche Klasse besucht hat, der wird mir recht geben: Lehrkräfte berichten von spürbaren Entlastungen in solchen Klassen, Schülerinnen und Schüler berichten

von einem spürbar interessanteren, besseren Unterricht. Das, finde ich, ist eine gute Perspektive für unsere Schulen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und schließlich: Wir werden die berufsbildenden Schulen stärken. Der Beitrag dieser Schulform für die Fachkräfteentwicklung wird immer noch unterschätzt. Die Bedeutung unserer Berufsschulen muss stärker in den Vordergrund gerückt werden. Auch die Bildungsstätten des Handwerks wollen wir stärken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und dann ist da noch ein Bereich, dessen Potenzial größer ist, als wir derzeit sehen: unsere Universitäten und Hochschulen. Zu sehr dominiert in einigen Bereichen immer noch eine Mikrosteuerung durch das Land unser Verhältnis zu den Hochschulen. Das soll sich ändern. Wir werden die Hochschulen mit mehr Autonomie ausstatten als Grundlage für noch mehr Qualität in Forschung und Lehre, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Den Bildungssektor zu stärken, ist unverzichtbar für die Fachkräftesicherung. Das alleine wird allerdings - auch das wissen wir alle miteinander - nicht reichen. Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Durch ein modernes Zuwanderungsrecht muss endlich dafür gesorgt werden, dass diese Zuwanderung aber auch nach klaren und nachvollziehbaren Regeln erfolgen kann. Dabei werden wir die Bundesregierung unterstützen.

Niedersachsen soll weltoffen und vielfältig bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In unserem Land sollen alle Menschen frei von Angst und Diskriminierung leben können. Alle Menschen sollen bei uns die gleichen Chancen haben. Dafür wollen wir mit einem Teilhabe- und Partizipationsgesetz die Voraussetzungen schaffen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Integrationsangebote und Sprachkurse sind dafür wichtige Bausteine. Entsprechende Angebote wollen wir bedarfsgerecht ausbauen und weiterentwickeln. Sprachförderung ist nun einmal unverzichtbar für ein gutes Zusammenleben in unserer Gesellschaft und übrigens auch Teil einer Strategie gegen den Fachkräftemangel, ebenso wie das Werben um ausländische Fachkräfte.

Niedersachsen ist ein buntes und vielfältiges, es ist ein modernes Land. Wir sehen Vielfalt als eine Stärke und als eine Chance für unser Land an. Das ist die Grundlage unserer Zuwanderungs- und Integrationspolitik.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der demografische Wandel ist mehr als eine arbeitsmarktpolitische Herausforderung, er ist auch eine soziale Herausforderung. Nicht nur, aber auch deswegen werden Gesundheit und Pflege auch weiterhin wesentliche Politikfelder in unserem großen Flächenland bleiben müssen.

Die medizinische Versorgung und die Pflege müssen überall in unserem Land dem Bedarf entsprechen - nicht nur in den Städten. Deswegen werden wir unser neues Niedersächsisches Krankenhausgesetz konsequent umsetzen und die Krankenhauslandschaft entsprechend ordnen. Wir wollen regionale Versorgungszentren weiter vorantreiben, um insbesondere die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum überall weiter zu stärken. Es geht uns darum, nicht nur die stationäre, sondern vor allen Dingen auch die ambulante Versorgung für pflegebedürftige Bürgerinnen und Bürger überall und in allen Regionen auf einem guten Niveau sicherzustellen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das alles kann nur gelingen, wenn in diesen gesellschaftlich so wichtigen Bereichen auch gute Arbeitsbedingungen herrschen. Druck und Hetze und Überökonomisierung sind wesentliche Gründe für den aktuellen Pflegenotstand. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege - sei es in den Krankenhäusern, sei es in den Pflegeheimen oder in der ambulanten Versorgung - müssen besser werden.

Wir brauchen schnell Fortschritte, um die Pflege wieder zu einem attraktiven Berufsfeld zu machen. Dabei kostet manches wahrscheinlich nicht einmal mehr Geld. Uns geht es beispielsweise vor allem auch darum, dass die Pflegekräfte weniger Zeit am

Schreibtisch zubringen müssen und mehr Zeit gemeinsam mit Bewohnerinnen und Bewohnern, mit Patientinnen und Patienten haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Anteil der Arbeitszeit, die Pflegekräfte am Schreibtisch zubringen müssen, ist viel zu hoch. Da müssen wir ansetzen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dafür setzen wir die Konzertierte Aktion „Pflege in Niedersachsen“ (KAP.Ni) fort. Dabei geht es uns gerade und vor allem darum, endlich mehr Zeit und weniger Druck für alle Beschäftigten in der Pflege möglich zu machen.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, die Bekämpfung der aktuellen Krisen, der Klimaschutz, die weitere Stärkung unserer wirtschaftlichen Entwicklung, der Einsatz für bessere Bildung, die Strategien gegen den demografischen Wandel - alles dies sind offensichtliche Schwerpunktthemen einer Landesentwicklung. Aber dann ist da noch ein anderes Thema, das sehr unauffällig, langsam und scheinbar unaufhaltsam fortschreitet. Ich spreche von dem immensen Investitionsbedarf, den wir in Niedersachsen haben.

Denken Sie nur an die Situation auf dem Wohnungsmarkt! In immer größeren Teilen des Landes ist die Situation angespannt, und Menschen mit einem kleinen Geldbeutel haben große Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wenn nichts geschieht, werden sich diese Probleme absehbar noch verschärfen; denn die Zahl der öffentlich geförderten Wohnungen nimmt schon deswegen ab, weil Bindungsfristen ablaufen. Die Hoffnung, eine verstärkte Förderung durch private Partner werde diese Situation maßgeblich verbessern, hat sich in den vergangenen Jahren leider nicht bestätigt.

Die Landesregierung hält es deswegen für zwingend geboten, mit einem eigenen Instrument des Landes Beiträge für mehr bezahlbaren Wohnraum in Niedersachsen zu leisten. Das ist eigentlich nichts wirklich Neues. Die NILEG hatte einst in Niedersachsen einen sehr guten Ruf und verfügte über einen Bestand von 30 000 Wohnungen. Diese Bestände sind leider Mitte der 2000er-Jahre verkauft worden. Das war ein großer Fehler, wie wir heute wissen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die richtige Schlussfolgerung daraus lautet, durch den Aufbau einer neuen Landeswohngesellschaft die Voraussetzungen zu schaffen für mehr öffentlich

geförderten Wohnraum, für mehr bezahlbaren Wohnraum in unserem Land. Das ist eines der zentralen sozialpolitischen Vorhaben unserer Regierung.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Investitionsbedarf besteht aber auch im Bereich der öffentlich genutzten Liegenschaften. Denken Sie an die Hochschulgebäude, an die Krankenhäuser und auch an andere Gebäude des Landes! Überall sehen wir einen deutlichen Sanierungsstau, der sich mit den herkömmlichen Mitteln kaum wird auflösen lassen. Wir müssen die energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestandes beschleunigen. Wir brauchen mehr Investitionsmittel, und wir wollen über eine Landesliegenschaftsgesellschaft und andere Konzepte den Zustand dieses für unsere Gesellschaft so unverzichtbaren Gebäudebestandes wesentlich verbessern.

Das alles wird selbstverständlich unter Beachtung der Regelungen zur Schuldenbremse geschehen. Unabhängig von der Grundsatzdiskussion ist sie geltendes Recht und deswegen auch Grundlage unseres weiteren Vorgehens.

Alle diese Initiativen fassen wir unter dem konzeptionellen Dach eines Niedersachsenfonds zusammen. Damit wird klar: Wir müssen, wir wollen und wir werden mehr investieren in die Zukunft unseres Landes, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, viele wichtige Vorhaben, die in den nächsten Jahren anliegen, sind Querschnittsvorhaben, die in fast allen Ressorts eine Rolle spielen. Die Digitalisierung etwa, die in den nächsten Jahren vor allem auch zu konkreten Verbesserungen des Services für Bürgerinnen und Bürgern und zur Beschleunigung von Verfahren genutzt werden muss. Inklusion und Integration, mit denen wir die gesellschaftliche Teilhabe in unserem Land verbessern wollen.

Und schließlich ein Thema, dessen Bedeutung ich immer höher einschätze: Viele Bürgerinnen und Bürger empfinden ihr Leben zunehmend als immer komplizierter, und die Erfahrungen mit staatlichem Handeln bestätigen diesen Eindruck leider ein ums andere Mal. Wir haben aufwendige Verfahren, wir haben umständliche Verfahren, und wir haben langwierige Verfahren. Vor diesem Hintergrund muss es unser gemeinsames Ziel sein, den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Verwaltungen in unserem

Land das Leben leichter zu machen. Wir müssen schneller werden, und wir müssen einfacher werden. Nach unserem Programm gibt es hierzu Beiträge aller Ressorts, die in der Summe wirklich beachtlich sind.

Ich will nur zwei Beispiele an dieser Stelle erwähnen:

Viele Kommunen etwa berichten uns darüber, wie schwer es ist, die Förderprogramme des Landes tatsächlich in Anspruch zu nehmen. Die Voraussetzungen dafür seien sehr kleinteilig und erforderten sehr aufwendige Vorarbeiten. Die Abrechnung am Ende eines Vorhabens sei auch nicht leichter. Wir wollen aus dieser nicht unberechtigten Kritik eine Schlussfolgerung ziehen: Förderprogramme sollen stark vereinfacht, Richtlinien so verändert werden, dass Zahlungen auch ohne aufwendige Antragsverfahren pauschal erfolgen können. Über diese und andere Fragen werden wir intensiv mit den kommunalen Spitzenverbänden sprechen.

Ein anderes Beispiel: Gerade bei größeren Vorhaben sind häufig viele unterschiedliche Behörden beteiligt. Wir werden modellhaft ein effizientes Projektmanagement im Sinne einer Bündelungsfunktion durch die Ämter für regionale Landesentwicklung erproben. Wir wollen gerade auch bei solchen Verfahren schneller werden.

Ein drittes Beispiel hatte ich schon erwähnt: Wenn es uns gelingt, den Verwaltungsaufwand im Pflegewesen wesentlich zu reduzieren, dann ist für die betroffenen Menschen ungemein viel gewonnen. Davon bin ich überzeugt.

Ich bin sicher: Weniger Regelungsperfektionismus, mehr Pragmatismus, weniger Aufwand, mehr Tempo werden von Bürgerinnen und Bürgern und von den Unternehmen in unserem Land mit Erleichterung aufgenommen werden. Deswegen wollen wir sehr engagiert an diesem Thema arbeiten.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich gegen Ende meiner Ausführungen noch ein Thema ansprechen, das von grundsätzlicher Bedeutung und für uns besonders wichtig ist. Wir wollen, wir müssen, wir werden die Demokratie und den Zusammenhalt in unserem Land stärken!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Rassismus und Diskriminierung - aus welchen Gründen auch immer - dürfen bei uns keinen Platz haben. Beleidigungen und Bedrohungen, zum Beispiel gegenüber Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, gegenüber Hauptverwaltungsbeamten, werden wir nicht akzeptieren. Wir sind eine Demokratie, aber wir sind ausdrücklich eine wehrhafte Demokratie. Das sollen alle in diesem Land wissen!

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Wer unseren Staat und unsere Demokratie verachtet und das zum Ausdruck bringt, der wird in dieser Landesregierung einen harten Gegner haben. Für unsere freiheitliche Ordnung ist Kritik etwas völlig Normales, aber das gilt ausdrücklich nur innerhalb der rechtsstaatlichen Grenzen. Es ist die Erwartung von Bürgerinnen und Bürgern, dass Grenzen auch eingehalten werden. Das ist Teil unseres Auftrages aus dem Wahlergebnis vom 9. Oktober. Diesem Auftrag fühlen wir uns verpflichtet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ja, es gibt wahrlich sehr, sehr viel zu tun in den nächsten Jahren - für die Landesregierung und für den Landtag. Vor uns liegen entscheidende Jahre, in denen Weichen gestellt werden. Niedersachsen hat ein großes Potenzial, unser Land ist stark. Wir haben das Zeug dazu, stärker aus der Krise herauszukommen, als wir hineingegangen sind. Unser Land soll wirtschaftlich stark und klimaneutral, sozial gerecht und vielfältig sein und vor allem durch und durch demokratisch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In diesem Sinne machen wir uns an die Arbeit. Wir werden überall den Dialog suchen, wir wollen überall den Gemeinsinn in unserer Gesellschaft stärken. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit vielen Menschen und Institutionen in diesem Land, mit Partnern, die unsere Ziele teilen.

Auf diesem Weg bitte ich Sie, die Mitglieder des Landtags, herzlich um Ihre Unterstützung.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Hanna Naber:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aussprache über die Regierungserklärung ist für morgen Vormittag vorgesehen. Die morgige Sitzung beginnt um 9 Uhr.

Ich weise darauf hin, dass der Ältestenrat um 16.45 Uhr im Raum 1105 zu seiner ersten Sitzung zusammentritt.

Ich schließe die heutige Sitzung und wünsche Ihnen allen einen wunderbaren Abend. Bis morgen!

(Beifall)

Schluss der Sitzung: 16.23 Uhr.

